

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiliger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 17. April 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Frauenarbeit im industriellen Gewerbe. — Gewerkschaftliche
Kämpfe der Neuzeit. — Der Vertragschluß in Freiburg
(Baden). — Die Ergebnisse der Steinbruchsberufsgenossenschaft
für das Jahr 1908. — Ein Revolverheld gemeingefährlichster
Sorte. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Be-
kannmachungen. — Adressenänderungen. — Quittungen. —
Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Allgemeine Betrachtungen. — Wirtschaftliche
Rundschau. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton:
Die Ausbildung von Steinmetztechnikern.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
möglichst zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Freiburg (Unstrut): Werkplatz Kottig. —
Hanau: Firma Arnold am Kasernenneubau. — Rein-
heim: Granitwerk Frohmann.

Schnitz. Die Unternehmer bieten uns bedeutende Reduzierungen
an. Der Tarif läuft am 1. Mai ab.

Wiesbaden. Die Firma August Hunger weigert sich hiesige
Kollegen einzustellen. Zugang ist zu meiden.

Schmalzdalen und Brotterode. Bei der Firma Köppler
stehen die Kollegen in Lohnbewegung.

Ziefenkeim bei Waldshut (Baden). Die Firma Zscholle setzt
das Stundenlohnsystem außer Kurs. Die Kollegen sollen in
Afford schaffen, das bedeutet, das per Tag die Löhne etwa
um 2 Mk. reduziert werden sollen. Es flochten deshalb 75
Kollegen die Arbeit ein.

Chemnitz. Die Kollegen stehen in Lohnbewegung.

Gräba bei Niesa. Die Firma Kunze nahm beträchtliche Lohn-
reduzierungen vor. Die Pfasterer legten am 3. März die
Arbeit nieder.

Wanzenburg. Die Steinmetzen der Firma Schönfeld sind
am 22. März in den Streik getreten.

Firma (Elbe). Der Steinmetzmeisterverband hat in der An-
gelegenheit mit der Firma Kestmann eine Schiedsgerichts-
sitzung vorgeschlagen. Die Streikenden stimmten dem zu.
Die Arbeit wurde am 13. April wieder aufgenommen.

Striegau. Der Streik dauert unverändert weiter. Es muß
alles aufgegeben werden, daß die 5prozentige Lohnreduktion
abgewehrt werden kann.

Gerdeke. Die Kollegen kündigten den Tarif. Zugang ist zu
meiden.

Bad Müling. Die Marmorarbeiter stehen in Tarifverhand-
lungen.

Nützen. Tarifverhandlungen sind eingeleitet. Die Situation
ist äußerst kritisch. Zugang ist fernzuhalten.

Würgburg. Im Muschelkalkgebiet treten die Unternehmer recht
provokatorisch auf. Es wurden mehrere Maßregelungen
vorgenommen. Zugang ist zu vermeiden.

Meißen I. Das Granitwerk vormals Obo. Köppler wird am
20. April zwangsweise versteigert und die gesamte Arbeit
wird bis auf unbestimmte Zeit eingestellt. Auch finden in den
anderen Betrieben Tarifverhandlungen statt. Zugang ist zu
meiden.

Söwenberg-Blagwitz. Die Aussperrung der Dreher ist be-
endet. Die Firma Seidler u. Wimmel hat Zugeständnisse
gemacht, so daß die Dreher den Tarif annehmen konnten.
Gegen den alten Tarif sind allerdings noch Verschlechterungen
eingetreten.

Söhmen: Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrunn,
alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf, Firma Giebl gesperrt.
Dfegg gesperrt.

**Niederösterreich: Högelsdorf, Firma Sommer u. Weniger ge-
sperrt.** Wz. Neustadt, wegen Maßregelung der Vertrauens-
männer Streik. Schrems, Brohnbichl und Schreiberberg
gesperrt.

Salzburg: Fürstendbrunn, Kiefer-Druck, Streik.

Tirol: Bozen (Firma Kompatscher), Streik. Innsbruck
wegen Differenzen gesperrt. Sterzing gesperrt.

Schweiz: St. Margarethen. Die Steinarbeiter stehen im
Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Frauenarbeit im industriellen Gewerbe.

Von Jahr zu Jahr gewinnt die Frauenarbeit in den
industriellen und gewerblichen Betrieben jeder Art größere
Bedeutung. Diese ohne weiteres als feststehende allgemein
anerkannte Tatsache findet auch jetzt wieder eine neue Be-
kräftigung durch die vor kurzem erschienenen Jahres-
berichte der preussischen Gewerbe- und Fabrikinspektoren.
Im allgemeinen ist die Bedeutung der Berichte keine große.
Das liegt nicht allein an den einzelnen Inspektions-
beamten, sondern an der ganzen Richtung, die in Deutsch-
land und im besonderen in Preußen hinsichtlich der prak-
tischen Handhabung der Arbeiterschutzbestimmungen vor-
herrschend ist. Ueber eine Reihe von Fragen dürfen die
Beamten sich nicht kümmern, andre Fragen, welche das
Arbeiterleben aufs engste berühren, finden bei den Be-

amten kein Verständnis. Was außerdem übrig bleibt, ist
wenig bedeutsam. So auch in den Berichten für das Jahr
1908. Wohl sind die veröffentlichten Aufzeichnungen der
Aufsichtsbeamten sehr umfangreich, aber inhaltlich bieten
sie weder bemerkenswertes Neues, noch drängen die ge-
machtten Erfahrungen die Beamten zu weiteren Forde-
rungen an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs
zu einem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. Der
preussische Beamte darf im allgemeinen nicht denken, dem
gewerblichen Aufsichtsbeamten aber wird jede selbständige,
fortschrittlich wirkende Anregung besonders übel ge-
nommen.

Darum interessieren uns an den vorliegenden Berichten
auch in erster Linie die Feststellungen über den wachsen-
den Umfang der Arbeit gewerblich tätiger Frauen und
Mädchen. Danach ist auch in dem Berichtsjahr die
industrielle Männertätigkeit zugunsten der Frauenarbeit
nicht unwesentlich zurückgegangen. Dabei muß voraus-
gesetzt werden, daß im Jahre 1908 zwar die Gesamtzahl
der Fabriken usw. in Preußen von 142 000 im Vorjahre
auf 146 369 gestiegen, die Gesamtzahl der beschäftigten
Arbeiter aber um rund 50 000 (von 3 069 000 auf
3 019 000) gesunken ist. Und zwar ist die Zahl der männ-
lichen Arbeiter (2 230 000) allein um 47 000 (= 1,62 Proz.)
niedriger geworden, die Zahl der weiblichen Arbeiter aber
(560 000) nur um 2800 (= 0,49 Prozent), während die
Anzahl der Jugendlichen (226 000) sogar etwas gewachsen
ist. Trotzdem ist ein großer Teil der Gewerbetätigen der
Meinung, daß von einer Verdrängung männlicher Arbeits-
kräfte durch weibliche nicht oder doch nur in ganz ver-
einzelten, nicht typischen Fällen die Rede sein könne. So
wird beispielsweise im Regierungsbezirk Danzig die
stärkere Zunahme der weiblichen Arbeiterschaft dadurch
erklärt, daß Betriebe, die früher nicht zu den fabri-
kartigen gerechnet wurden, wie Konfektionierwerkstätten und
Zigarrenmanufakturen, jetzt in den Kreis aufgenommen wor-
den sind. Andererseits zeigt es sich aber doch, daß, und
zwar gerade in der Zigarrenindustrie — im Osten des
Staates allerdings stärker als im Westen — die weibliche
Arbeiterschaft in der Tat im Vordringen ist. So beträgt
zum Beispiel im Bezirk Posen der Anteil der Arbeiter-
innen bereits 84,58 Prozent aller Zigarrenarbeiter.
Ähnliches wird aus Bromberg, Oppeln, Reichenbach in
Schlesien, Osnabrück, Aurich und Minden in Westfalen
berichtet. Dort werden Frauen nur zur Herstellung
minderwertiger Sorten beziehungsweise als Sortier-
rinnen beschäftigt. In Oppeln und ebenso in Marien-
werder dringen die Frauen auch in Ziegeleien ein, und
in der Aachener Tuchindustrie kamen 1902 auf 100 Ar-
beiter noch 77,8 Arbeiterinnen, während 1908 das Ver-
hältnis bereits 100 : 85,5 war. Dort sind in den Zeiten
günstiger Konjunktur an Stelle von Arbeitern, die in
andern Industriezweigen lohnendere Beschäftigung fanden,
Arbeiterinnen getreten, und als dann der Umschwung ein-
trat, haben sie infolge ihrer niedrigeren Lohnansprüche
ihren Platz behauptet. Auch im Regierungsbezirk Kassel
wird konstatiert, daß sich die Verdrängung der Männer-
arbeit durch Frauenarbeit in Fabriken genau in dem-
selben zwar langsamen, aber sicheren Maße vollziehe, wie
in vielen andern Berufszweigen. In Hanau wird das
Polieren und Putzen von Schmuckgegenständen heute fast
ausschließlich von Arbeiterinnen besorgt, und dort ver-
sucht man auch bereits, weibliche Diamantenschleifer
heranzubilden. Am deutlichsten aber zeigt sich doch die
starke Zunahme der weiblichen Arbeiterschaft wieder in
und um Berlin. Im Regierungsbezirk Potsdam hat in
den fünf Jahren seit 1903 die Zahl der männlichen Ar-
beiter um zirka 24 Prozent, die Zahl der weiblichen Ar-
beiter dagegen um zirka 36 Prozent zugenommen. Ebenso
macht sich im Landespolizeibezirk Berlin das Eindringen
weiblicher Arbeitskräfte stark bemerkbar, namentlich in
den Betrieben der Metallverarbeitung und des Maschinen-
und Apparatebaues. So werden Arbeiterinnen bereits
beschäftigt an den automatischen Schraubenschneide-
maschinen, an den Stanz- und Pressen, als Lötlötinnen in
Blechwarenfabriken, in Galvanisanstalten und Emaillier-
werken, als Kernmacherinnen in Gießereien und Arma-
turfabriken, ferner in Klavierfabriken, in der Elektro-
industrie, in Bilderrahmenfabriken und Buchbindereien,
als Schleiferinnen in der Steinindustrie, der Konfektionsindustrie, wo sie namentlich an Stelle von
Schneidergehilfen billige Herrenmäntel, Zoppen und
Jackets nähen, und endlich sogar in der Gerberei.

Wenn auch in einem Teil der Berichte das Anwachsen
der Frauenarbeit weniger auf die bescheidenen Lohn-
forderungen der Frauen als auf die größere Geschicklich-
keit derselben zurückzuführen gesucht wird, so wird doch
die billigere Arbeit der Frauen für den Unternehmer aus-
schlaggebend sein. Wir halten es für ausgeschlossen, daß
namentlich in den schweren Gewerben die Frauen eine
größere Geschicklichkeit und Handlichkeit als die Männer
besitzen könnten. Hier kommt die Frau nur als Lohn-
drückerin zur Verwendung. Die willigere Fügung der
Frau unter die selbstherrlichen Bestimmungen der Be-
triebsleitungen, die ungenügende Organisation der Ar-
beiterinnen und ihre teilweise ungemein stark bekundete
Abneigung, an wirtschaftlichen Kämpfen teilzunehmen,
machen dem Unternehmer die Frauenarbeit annehmbarer
als die Arbeit der Männer. In diesen Eigenschaften der
Arbeiterinnen, die für den Unternehmer einen Vorzug be-

deuten, liegt aber für die Arbeiterinnen und für die Ar-
beiterschaft im allgemeinen ein großer Nachteil. Niedere
Frauenlöhne drücken die Arbeitspreise der Männer. Das
verkürzt das Einkommen der Arbeiterfamilien, verschlech-
tert die Lebensführung und drückt die Lebenshaltung der
Arbeiterschaft im ganzen stark herab.

Deshalb haben die Frauen und Mädchen aber durch-
aus nicht der gewerblichen Tätigkeit fernzubleiben. Ein
solches Verlangen wäre in unserer heutigen Zeit einfach
lächerlich. Aber die Arbeiterinnen dürfen sich nicht als
Lehndrückerinnen benutzen lassen. Sie müssen für ihre
Arbeit dieselbe Bezahlung verlangen, als sie die Männer
erhalten. Gegebenenfalls muß dieses Ziel durch Kämpfe
erreicht werden. Den Weg dazu erleichtert den Frauen die
gewerkschaftliche Organisation.

Gewerkschaftliche Kämpfe der Neuzeit.

Die Nr. 14 des „Correspondenzblatt“ enthält einen beachtens-
werten Artikel des Genossen W. Düwiel, dem wir das Folgende
entnehmen:

Wie auf allen andern Gebieten des wirtschaftlichen Lebens,
hat die unwägbare Entwicklung auch auf dem des gewerkschaft-
lichen Kampfes große Veränderungen hervorgerufen. Für die-
sen hat sie die Notwendigkeit einer neuen Verhältnisse sich an-
passenden Strategie der Kriegsführung ausgelöst. Die stärkste
Waffe, die der Arbeiterschaft im Kampfe gegen das Unternehmertum
zu Gebote steht, ist der Streik, die zweckvollste Unter-
bindung der Warenerzeugung, als der Quelle des Gewinns für
das Kapital. Versiegt diese Quelle, wird der Unternehmer
an Kraft geschwächt; sie kapitulieren vor der Arbeitskraft, damit
die Gewinnspendierin wieder funktioniere. In der letzten Zeit
haben aber die Unternehmer wiederholt die Einstellung der
Produktion als Waffe gegen die Arbeiter benutzt und diese damit
zur Nachgiebigkeit gezwungen. Das ist in den letzten Jahren
durch Aussperrungen, als Gegenschlag nach Inszenierung
eines Streiks, schon öfter geschehen, aber doch nicht in so charak-
teristischer Form, unter so marantischen Umständen, wie in zwei
Fällen in den letzten Monaten. Wir meinen die Vorgänge aus
Anlaß des Konfliktes auf der Vulkanwerk in Stettin und
des Streiks auf den Strebelwerken in Mannheim. In bei-
den Fällen lag ein relativ kleiner Kreis von Arbeitern mit dem
Unternehmer im Kampf. Als dieser mehrere Wochen gedauert
hatte, griff die Unternehmerorganisation ein. Sie stellte das
Ultimatum: entweder die Streikenden geben den Kampf auf, oder
wir ordnen die Aussperrung vieler Tausender Arbeiter an, die
mit dem direkt am Kampf beteiligten Unternehmer und den
streikenden Metallarbeitern in gar keiner Beziehung stehen. Der
offenkundige Zweck der Maßnahme war, sowohl auf die Strei-
kenden selbst, als auch auf deren Organisation moralischen und
materiellen Druck auszuüben, sie dadurch zur Aufgabe des
Kampfes zu zwingen. Die Streikenden sollten beeinflusst wer-
den, indem die Unternehmer von ihrer Entscheidung abhängig
machten, ob tausende Familien materiell geschädigt, teilweise so-
gar in direkte Not getrieben werden oder nicht. Der Druck auf
die Organisationsleitung lag darin, daß dieser, neben der Ver-
antwortlichkeit für das Wohl und Wehe vieler Arbeiter und
deren Familien, auch die Sorge für die Erhaltung der Kampf-
fähigkeit der Organisation aufgebürdet wurde. Die angedrohten
Maßnahmen konnten, kamen sie zur Ausführung, nicht nur die
Finanzen der Organisation, deren Mitgliedschaft den Kampf
eingeleitet hatte, stark in Anspruch nehmen, sondern auch die
Verbände, die erst durch die Aussperrung, gegen ihren Willen,
in die Aktion verwickelt werden sollten. Da schon die Krise, mit
der durch sie hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit, die Masse
in ganz außerordentlicher Weise belastet hatte, standen die
Organisationsleiter vor der bedeutungsvollen Frage, ob sie es
wagen durften, eventuell die Organisation finanziell kampfs-
unfähig zu machen, gewissermaßen va banque zu spielen und da-
mit die Angriffslust der Unternehmer an andern Orten direkt
anzureizen! Die verantwortlichen Leiter entschieden sich gegen
den Willen der Streikenden für Aufhebung des Kampfes. Das
hat teilweise die Gemüter erregt, Verstimmung hervorgerufen.
Inwiefern spiegeln sich in solchen Kämpfen und deren Be-
endigung veränderte Verhältnisse und Bedürfnisse? Ein kurzer
Rückblick auf die gewerkschaftlichen Kämpfe und deren Methoden,
die Hervorhebung der markantesten Merkmale, lassen das ge-
nügung deutlich erkennen. Selbstverständlich stellt die Entwik-
lung keine gerade Linie dar, die für alle Industriezweige und
Orte schematisch gezogen werden kann. Nur die Tendenz,
nicht der Gang im einzelnen soll hier gezeichnet werden. Gibt
es doch heute noch Orte und Berufe, in denen der Kampf zwischen
Arbeiterschaft und Unternehmer in den primitivsten Formen,
ohne komplizierte Kriegstechnik sich abspielt.

Einige Arbeiter eines kleinen Betriebes legen die Arbeit
nieder. Der angegriffene Unternehmer ist auf sich allein ange-
wiesen, sein Berufsgenosse hilft ihm nicht, er hofft ja auf Vorteile
für sich, wenn der Bestreikte längere Zeit die Produktion aussetzen
muß, die Kunden nicht befriedigen kann. So war es vor 20, ja
vor 15 Jahren noch ziemlich allgemein. Das Unternehmertum
hatte sein Solidarinteresse n. a. nicht erkannt. Die Konkurrenz
ließ den einzelnen Unternehmer oft zum unfreiwilligen Verbün-
den der Arbeiter werden. Diese bedurften daher zu ihren
Kämpfen keiner bedeutenden Mittel. Eigene Bestände waren
nicht erforderlich; im Notfalle mußte eine lokale Sammlung über
die Finanzalamitäten hinweggeholfen. War der Kampf gegen
einen Unternehmer siegreich durchgeführt, begann er bei dem
andern. Und der Guerillakrieg bewährte sich! So reich-
ten die nur wenig konzentrierten Kräfte der Arbeiter aus, vom
Unternehmer relativ große Zugeständnisse zu erlangen. All-
mählich erkannte jedoch auch das Unternehmertum die Bedeu-
tung der Organisation, und es fand die Mittel und Wege des Zu-
sammenchlusses.

Konflikte aus dem Arbeitsverhältnis blieben bald nicht mehr
auf einen Betrieb, oder deren wenige beschränkt, sie wurden
Angelegenheiten des ganzen Gewerbes, zunächst für das be-
grenzte lokale Gebiet, später aber auch für weitere Bezirke. Die
Arbeiter mußten nun größere Mittel in den Dienst des
wirtschaftlichen Kampfes stellen. Das Sammelbüchensystem wurde
als für seinen Zweck nicht zureichend, vielfach sogar als grober

Mißstand empfunden. Die Organisationsleiter erkannten, daß die Verbände finanziell selbständig und unabhängig werden müßten, wollten sie ihre wirtschaftlichen Kämpfe nicht allzu sehr von einem unsicheren Faktor abhängig machen. Ein solcher war die durch das Sammellistenwesen zu sehr strapazierte freiwillige Solidarität geworden, soweit sie materiell sich bekunden sollte. Das um so mehr, als die erweiterte Kampfbasis, die Vergrößerung des Kreises der als Kämpfer zu Unterliegenden, schnelle Verfügung über bedeutende Summen verlangte. Die Organisationen mußten ihre Beiträge erhöhen, andererseits aber auch das örtliche Selbstbestimmungsrecht in der Frage der Inanspruchnahme von Angriffs- oder Abwehrstreiks einengen. Das war nötig, damit nicht durch unvorsichtige, ohne genaues Abwägen der gegenseitigen Kräfte getroffene Maßnahmen der Fonds der Gesamtheit von kleinen Gruppen, denen der enge lokale Gesichtskreis die Abmessung der Siegmöglichkeiten verwehrte, nutzlos verpulvert werden konnte.

Diese Vorsichtsmaßnahmen, die Anpassung an allmählich sich entwickelnde andre Verhältnisse, garantierten den Organisationen dann auch weitere Erfolge. Losgelöst von dem Zufall des Ertrages veranstalteter Listenfammlungen, trafen die Zentralleitungen von der Warte des den ganzen Arbeitsmarkt überschauenden Beobachters die Entscheidungen darüber, wo der wirtschaftliche Kampf einsetzen konnte. Während man früher im lokalen Rahmen gegen einzelne Unternehmer der Heiße nach den Kampf führte, besorgte man nun die Taktik, von Ort zu Ort dem vereinigten Unternehmertum die konzentrierte Macht der Organisation entgegenzustellen. Und zweifellos mit vielem Erfolg! Teilweise bestand er darin, daß bei den Unternehmern die Geneigtheit erstarbte, in Verhandlungen mit der Organisation der Arbeiter die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses festzulegen. Der Tarifvertrag fand mehr und mehr Eingang. Am meisten dort, wo Unternehmer und Arbeiter die besten Organisationen ins Feld stellen konnten. Je größer und stärker die Organisation, desto mehr Respekt floß je dem Gegner ein.

So räumten die quantitativen und qualitativen Verschiebungen — größere Organisationen und erhöhte Beiträge, die den Kampffonds stärkten — immer mehr mit den aus rein lokalen Erwägungen plötzlich inszenierten wirtschaftlichen Kleinkämpfen auf. Die Regel wurde, als ultima ratio, der nach strategischen Gesichtspunkten vorbereitete und planmäßig durchgeführte Kampf, der den gordischen Knoten durchhieb, wenn in friedlichen Verhandlungen ein Ausgleich nicht erzielt worden war.

Inzwischen ist die Organisation der Unternehmer erheblich erlähmt. Während die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in steigendem Maße von der Insozialen der Unorganisierten, den wirtschaftlich begründeten Schwierigkeiten und durch die, von außen in die Arbeitererschaft hineingetragenen, künstlich hervorgerufenen Gegensätze behindert wurde, hatte das Unternehmertum freie Bahn und konnte sich in Ruhe, von Behörden und der Staatsmacht unterstützt, zusammenschließen. So hat es in wenigen Jahren eine Organisation geschaffen, die oft fast alle Berufsgruppen umfaßt.

Damit ist erklärlicherweise auch deren Selbstbewußtsein und Herrischkeit gestärkt worden. Sie treten in manchen Fällen aus der Defensive heraus und gehen zum Angriff über. Aber, auch darüber braucht man sich nicht zu täuschen, sie tun es in dem Gedanken, dadurch schneller zum Frieden zu kommen.

Es ist ganz natürlich, daß unter dem Einfluß der Krise, die eine große Schar Arbeiter freigesetzte, auf die man eventuell als Streikbrecher glauben rechnen zu können, die Angriffsfälle des Unternehmertums stark zunahm. Besonders dort, wo man selbst über eine geschlossene Organisation verfügt, wie das in der Metallindustrie der Fall ist, in der zudem auch noch das Scharfmachtum dominiert. Die besonderen, durch die Krise und Hochkonjunktur geschaffenen Umstände machen die Kriegsstärke zu einem veränderlichen Faktor. Während der Hochkonjunktur erreicht die Stoßkraft der Arbeitergewerkschaft ihren Höhepunkt; das Unternehmertum ist dann nicht so aggressiv gestimmt als während der Krise. Die Macht, die es bei wirtschaftlichen Tiefenstand entfalten kann, ist nicht absolut, sondern nur relativ. Das muß bei Würdigung der schon oben erwähnten Vorgänge auf der Stettiner Vulkanwerft und den Streikbewerben in Mannheim mit in Rechnung gestellt werden.

Um die mit einem Unternehmer in Differenzen geratenen Arbeiter niederzurufen, greift die Unternehmerorganisation ein, in der Weise, daß sie viele an dem Kampf vollständig unbeteiligte wirtschaftlich schädigt oder zu schädigen androht. Unmöglich kann man die Metallarbeiter in allen Betrieben Stettins, die Werftarbeiter in allen Seestädten, oder gar eine halbe Million Arbeiter in den verschiedenen Betrieben der Metallindustrie Deutschlands, in irgendein Verantwortlichkeitsverhältnis zu den Maßnahmen der Rieter der Vulkanwerft bringen. Tausende derer, die von der angeklügten und bereits inszenierten Aussperrung bedroht waren, haben kaum gewußt, was in Stettin sich abspielte; sicher fehlte ihnen jedes Mittel, auf die Entscheidungen der Rieter einzuwirken. Genau so lag es bei dem Konflikt in Mannheim.

Während die Arbeiter ihre Interessen wahrnehmen, indem sie dem Unternehmer, der einen Kampf veranlaßt, ihre Arbeitskraft verweigern, also ihre Aktion gegen den richten, mit dem sie in Konflikt geraten, benutzt das Unternehmertum das Mittel, Unbeteiligte zu schädigen, um dadurch ein Nachgeben der Streikenden zu erzwingen. Es geht dabei von folgenden Spekulationen aus: Strafen wir Zehntausende, weil einige Hundert sich nicht unserm Machtgebote fügen, dann wird jenen Empörung gegen diese ausgelöst! Die Streikenden werden dadurch veranlaßt, auf ihre Forderungen zu verzichten, damit nicht Unbeteiligte geschädigt werden! Sicher aber nehmen wir die Massen der verschiedenen Gewerkschaften in einer Weise in Anspruch, daß die Opfer mit den von den Streikenden verlangten Vorteilen in gar keinem Verhältnis stehen! — So wird die Waffe der Produktionsunterbindung, die, von den Arbeitern als Streik in Anwendung gebracht, dem Unternehmer die Profitquelle verschließt, von dem Unternehmer als Aussperrung gehandhabt, ein gefährliches Kampfmittel gegen die Arbeiter.

Sich über die Brutalität des Unternehmertums moralisch entrüsten zu wollen, weil es Unbeteiligte schädigt, um sein Ziel zu erreichen, nützt nichts! Die Arbeitererschaft muß sich mit den neuen Verhältnissen abfinden, diese zur Grundlage ihrer Kampfmethoden machen. Nicht Wünsche, und mögen sie noch so gerecht sein, dürfen als Bestimmungsfaktoren das Handeln beeinflussen; dieses kann und darf nur von den aus der Gesamtsituation sich ergebenden Erwägungen bestimmt werden. Das ist der sicherste Weg, um während der kritischen Zeit Schädigungen von der Arbeitererschaft fernzuhalten, um trotz der veränderten Verhältnisse, ja, gerade durch Ausnutzung dieser, nachher auf weitere und größere Erfolge rechnen zu dürfen.

Betrachtet man die Vorgänge in Mannheim und Stettin unter dem Gesichtswinkel der Aufgaben und der Verantwortung der Zentralleitung, dann hat diese in den beiden konkreten Fällen in den entscheidenden Stunden sachlich zweifellos richtig gehandelt. Sie hatte sich zu fragen, ob sie es verantworten könne, unter den obwaltenden Umständen 20 000 oder gar 50 000 Arbeiter auszusperren zu lassen. Die Antwort mußte zweifellos lauten: Nein! Gewiß, es ist nicht die Schuld der Arbeiter, wenn das Unternehmertum, eine momentane günstige Situation auszunutzen, viele Tausende Arbeiter aussperrt, über Tausende Familien Not und Elend heraufbeschwört, nur um in Wahrung seines Machtstandpunktes einigen Ausständigen, die mit den von der Aussperrung Bedrohten in keiner Beziehung stehen, eine Niederlage zu bereiten. Trotzdem darf man nicht verkennen, daß sehr viele der Geschädigten ihren Unmut gegen die Streikenden und gegen die Organisation gerichtet haben würden, wäre es zu den Aussperrungen gekommen. Das als einen Vorteil anzusprechen, wird niemand einfallen. Neben rein menschlichen Erwägungen, die ein Gewerkschaftsbeamter doch auch nicht als überflüssigen Ballast einfach über Bord werfen kann, sprechen

praktische Gründe von großem Gewicht für das Vorgehen der Verbandsleitung. Eines jeden Verbandsfunktionärs unabwendbare Pflicht ist es, in den Kreis seiner Erwägungen alle möglichen Konsequenzen einer Aktion zu ziehen. Er muß sich fragen: darf ich unter den konkreten Umständen, durch eine Aussperrung, die Verbandskasse bis vielleicht zur Erschöpfung in Anspruch nehmen lassen? Könnte eine solche Inanspruchnahme des Verbandsvermögens, in einer Zeit der Krise, das Unternehmertum nicht leicht dazu reizen, die Schwächung des Verbandes noch weiter zu betreiben, womit für viele tausend Mitglieder die dem Unternehmertum gegenüber erlangte Position gefährdet werden könnte? — Es sind das bedeutungsvolle Fragen, die da an den Verbandsfunktionär herantreten. Es gehört sicher wohl mehr Mut und Charakterstärke dazu, den durch das Pflichtgefühl kategorisch vorgeschriebenen Weg zu gehen, als der momentanen Stimmung direkt Beteiligter unbedenklich nachzugeben.

Gegen die Verbandsleitung sind schwere Vorwürfe erhoben worden. Soweit sie sachlicher Natur sind, finden sie in folgenden Behauptungen ihre Umgrenzung: Hätte die Zentralleitung nicht eingegriffen, würde mehr erreicht worden sein! Die Zentralleitung war nicht befaßt, über die Köpfe der Streikenden hinweg, gegen deren Willen, den Streik für beendet zu erklären. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder und das demokratische Prinzip sind verletzt worden!

Ueber den ersten Punkt kann man streiten. Bei den am Kampf Beteiligten spricht erfahrungsgemäß der Wunsch als Vater des Gedankens immer sehr stark mit; ihr objektives Urteil ist durch stark subjektiven Einschlag getrübt. Der unbeteiligte Beobachter wird in beiden Fällen zu der Ansicht neigen, daß die Situation für die Streikenden ungünstiger geworden wäre, die Unternehmer die bereits gemachten Zugeständnisse annulliert haben würden, hätte man es zu den angedrohten Aussperrungen kommen lassen.

Von größerer Bedeutung sind die andern Einwände. Ein Eingehen darauf bedingt zunächst die Frage: Was ist Selbstbestimmung — Demokratie? Um absolut feststehende Begriffe handelt es sich bei diesen Worten nicht. Im Wechsel der Erscheinungsformen im politischen und wirtschaftlichen Leben verschieben sich auch die Grenzen der Selbstbestimmung und Demokratie. Solange die auf eigene Faust unternommene Aktion irgendeiner lokalen Mitgliedschaft eines Verbandes die Gesamtorganisation wenig oder gar nicht berührt, die Mittel der Zentralkasse ebenfalls nur wenig oder gar nicht in Anspruch nahm, konnte man den lokalen Beschlüssen weiten Spielraum gewähren. Diese griffen ja nicht, oder in nicht fühlbarer Weise, in das Selbstbestimmungsrecht der andern Mitgliedschaften und der Gesamtorganisation ein. Das hat sich jedoch gründlich geändert! Infolge der neuen Verhältnisse können heute durch die Maßnahmen einer lokalen Mitgliedschaft, oder auch nur einer Branche innerhalb dieser, die Mitgliedschaften in vielen andern Orten, weiter Bezirke, selbst im ganzen Reich, in Mitleidenschaft gezogen und die allgemeinen Verbandsgelder dermaßen in Anspruch genommen werden, daß, wenn das Unternehmertum in andern Orten die Arbeiter angreift, diese mangels der erforderlichen Kampfmittel wehrlos sind, sich auf Gnade und Ungnade ergeben müssen. Ja, noch weiter! Nicht nur andre Mitgliedschaften der eigenen Organisation, nicht nur deren allgemeine Kampfmittel werden durch das Vorgehen einer kleinen Gruppe Verbandsmitglieder in Anspruch genommen, das geschieht auch in bezug auf andre Organisationen. Die in Frage kommenden Aussperrungen bedrohten in erster Linie den Metallarbeiterverband, dazu aber auch noch andre Verbände, ohne daß diese nach ihrem Wollen oder Nichtwollen getragt worden wären. Eine Minderheit könnte demnach das Selbstbestimmungsrecht eines verhältnismäßig großen Kreises von Angehörigen verschiedener Gewerkschaften einsackeln, wollte man ihr das unbeschränkte Entscheidungsrecht in solchen Fragen zubilligen. Man wird einwenden: Es muß Solidarität geübt werden! Gewiß! Aber die Bekundung der Solidarität darf man nicht einseitig verlangen; sie unterliegt dem Bestimmungsrecht derer, von denen man Unterstützung verlangt, und sie richtet sich nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit. Man kann es keinen gerechten Anspruch auf Solidaritätsbekundung nennen, wenn eine relativ kleine Gruppe verlangt, die Gesamtheit solle Opfer bringen, die in gar keinem Verhältnis zu dem zu erlangenden Vorteil stehen oder aber für die Solidaritätsbekunder mit großen Gefahren verknüpft sind. Das Selbstbestimmungsrecht erlaubt nicht, daß man ganz nach individuellem Ermessen oder im Rahmen einer Minderheit willkürlich lediglich den eigenen Interessen und Wünschen folgend, ohne Rücksicht auf andrer Wohl und Rechtstitel entscheidet. Aktionen der geschloßerten Art zu unternehmen, durch die andre in Mitleidenschaft gezogen werden, gehört nicht zu den unveräußerlichen Rechten der Demokratie.

Gerade das Selbstbestimmungsrecht, demokratische Grundsätze wie auch die der Gerechtigkeit, machen die Entscheidungen im Wirtschaftskampf der Neuzeit außerordentlich schwierig. Man kann in einer kritischen Situation, wenn von der Entscheidung der Stunde Krieg und Frieden, das Wohl und Wehe Ungezählter abhängt, nicht erst die gesamte Mitgliedschaft einer nach Hunderttausenden zählenden Organisation befragen, nicht das Votum der übrigen in Betracht kommenden Organisationen herbeiführen; es muß ein Organ vorhanden sein, das unter eigener Verantwortung die diplomatischen Fäden spinnt oder den Krieg erklärt; ein Organ, das — entscheidet! Ein Organ, das bestimmt, was zu geschehen hat! Dieses Organ kann natürlich nicht die sicher vorwiegend nur aus ihren eigenen Verhältnissen heraus urteilende jeweilige Streikleitung oder Ortsverwaltung sein. Solche Entscheidungsmaßnahme kann man nur in die Hände der Zentralleitung legen, deren Urteil der Ausfluß der Interessenwahrung der Gesamtorganisation, der Gesamtarbeiterbewegung sein muß.

Das unbedingte Streikrecht einzelner Mitgliedschaften oder Branchen kann einfach nicht konserviert oder hergestellt werden. Der stete Fluß des wirtschaftlichen und sozialen Wandens zwingt die Arbeiterorganisationen zu dauernder taktischer Fortentwicklung. Ohne entsprechende strategische Organisation können der Arbeiter bestgemeinte, von Begeisterung und Opferwilligkeit getragene Aktionen zu ihrem Schaden ausschlagen. Vorbei ist die Zeit, daß, nach jenen örtlichen oder den Bedürfnissen der Branche eines Berufes oder einer beschränkten Personenzahl, unbedenklich der Verbandsorganismus in Bewegung gesetzt werden kann. Heute sind zu erwägen die Konsequenzen, die eine Verbandsaktion nicht nur für die eigene Organisation, sondern auch für andre Verbände haben kann. Wer anders sollte alle die Entscheidungen treffen als die Zentralleitung? Man mag bedauern, daß die Umstände es gebieten, einzelnen Personen eine so große Machtvollkommenheit zu übertragen, aber es muß geschehen! Die erwähnten Gefühlswallungen sind keine Waffen im Klassenkampf. Als Korrektiv haben die Mitglieder ja die Möglichkeit, die Organisationsleiter zu entfernen, die das ihnen eingeräumte Dispositionsrecht mißbrauchen, oder den berechtigterweise an sie zu stellenden Anforderungen nicht genügen. Der Gedanke, daß mal ein Mißgriff getan werden könnte, darf nicht von den notwendigen Einrichtungen und taktisch erforderlichen Maßnahmen abhalten.

Die größten und schwersten Kämpfe stehen der Arbeiterbewegung noch bevor. Auf diese sich einzurichten, ist jetzt das dringendste Gebot. Geschieht das, dann werden die nächsten Kämpfe nicht nur glücklich bestanden, sie werden auch den Weg bahnen zu neuem, energischem Vormarsch.

Der Vertragsabschluss in Freiburg i. Br.

Die Zahlstelle Freiburg in Baden ist diejenige des neunten Gaues, in welcher sich die Organisation schon frühzeitig in der günstigsten Weise entwickelte. Dieser Umstand ermächtigte den Kollegen, als erste im ganzen Gau, einen Tarifabschluß mit den Unternehmern, und zwar auf der Grundlage des Stundenlohnes, der als Minimallohn erst 55 Pfg. und bis zum Jahre

1908 60 Pfg. betrug. Die ungünstige Konjunktur des vorigen Jahres schien den Unternehmern der geeignetste Zeitpunkt, sich von den Mindestlöhnen zu befreien. Der Vertrag wurde von ihnen gekündigt und an dessen Stelle ein solcher vorgelegt, der wider Afford einführt mit „Soll“-Löhnen bis 65 Pfg. pro Stunde. Bei Arbeit im Stundenlohn sollte der Lohn nur nach Leistung festgesetzt werden. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß ein solcher Vertrag die Wiedereinführung des früheren wilden Affordsystems bedeutete und jedes praktische Wertes entbehrte. Die Verhandlungen zerschlugen sich und wurde während des vorigen Jahres ohne Vertrag gearbeitet, da die Geschäftsfrage ein Vorgehen unerseits als untunlich erscheinen ließ. Das von uns vor dem Streik angerufene Gewerbergericht als Einigungsamt wurde, wie im Vorjahre, von den Unternehmern abgelehnt. In späterer Verhandlung zwischen den Parteien boten die Unternehmer an Stelle des Minimallohnes von 60 Pfg. einen Lohn von 50 bis 60 Pfg., der aber als Höchstlohn gelte. Der Vergleichsvorschlag der Arbeitnehmer, den bisherigen Stundenlohn von 60 Pfg. bestehen zu lassen, diesen aber weder als Minimal- noch als Maximallohn zu bezeichnen, wurde von der Kommission der Unternehmern angenommen, von der Versammlung derselben aber abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen erfolgten nach dem Beispiel der höheren Diplomatie auf dem schriftlichen Wege. Es gelang mit vieler Mühe, den Vertrag zum Abschluß zu bringen. Afford bleibt nach wie vor ausgeschlossen, der Stundenlohn beträgt 50 bis 62 Pfg. als Höchstlohn. Die im früheren Vertrag enthaltene Vereinbarung des Lohnes minderleistungsfähiger Arbeiter kommt durch diese neue Fassung in Wegfall. In der Zeit vom 15. Dezember bis 15. Februar wird als Höchstlohn nur 55 Pfg. bezahlt. Neu ist weiter noch der Zuschlag von 30 Proz. auf Ueberstunden und 100 Proz. auf Nacht- und Sonntagsarbeit. Der formelle Abschluß und Unterzeichnung des Vertrages erfolgte am 3. April vor dem Freiburger Einigungsamte.

Wir wollen nicht auf alle Einzelheiten von jetzt und früher eingehen, die eine gewisse Vorsicht gegenüber Unternehmerversprechungen ratsam machen, nur sei auf die eine Tatsache verwiesen, daß der Vorsitzende der Zahlstelle bisher bei sämtlichen Unternehmern erfolglos um Arbeit zusprach, obwohl vor und nach ihm Kollegen eingestellt wurden und Maßregelungen wegen Organisationszugehörigkeit nicht stattfinden dürfen. Seit November vorigen Jahres ist der Vorsitzende gezwungen, sich außerhalb des Berufes Beschäftigung zu suchen. Wir bringen die Maßregelung des Vorsitzenden mit der im vorigen Jahre erfolgten Anzeige mehrerer Unternehmer wegen Verstoßes gegen die Bundesratsverordnung in Verbindung. Durch den mit der Unternehmung betrauten Schutzmann erhielten die Unternehmer Kenntnis von der Quelle der Anzeige und glauben nun durch dauernde Protokollmachung des Vorsitzenden diese Quelle zu verstopfen.

Daß die Unternehmer das beliebte Mittel der schwarzen Listen auch hier würden zur Anwendung bringen, war zu erwarten, daß sie aber in ihrer Verfolgungszucht soweit gehen würden, auch Arbeiter mit auf die Liste zu setzen, die gar nicht am Streik beteiligt waren, ist jedenfalls ein Beweis für die ganz besondere Rücksichtslosigkeit der Freiburger Unternehmer. So sind Arbeiter mit auf die Liste gesetzt worden, die lange schon bei keinem Freiburger Unternehmer mehr Arbeit erhalten hatten; andre der Verzeichneten sind schon jahrelang nicht mehr in Freiburg, ja ruhen zum Teil unter der Erde von dem Freiburger Steinbauerelend aus. Es sind Schritte eingeleitet worden, um den Unternehmern begreiflich zu machen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der Abschluß des Vertrages ist weit davon entfernt, uns mit Befriedigung zu erfüllen. Doch darf nicht außer acht gelassen werden, daß wir unter Umständen die Beendigung der Bewegung herbeiführen mußten, die nichts weniger als günstig für uns lagen. 15 der nützlichsten Elemente hatten es leider fertig gebracht, uns in den Rücken zu fallen. Ohne diesen Verrat wäre vermuthlich der Ausgang ein für uns weniger schmerzlicher gewesen. Es sei besonders betont, daß die Mehrzahl der Arbeitswilligen aus dem Main- und Neckartal kamen.

Die Ergebnisse der Steinbruchsberufsgenossenschaft für das Jahr 1908.

Der Geschäftsbericht für das verflossene Jahr liegt nun vor. Die Zahl der Verletzten betrug:

1907 — 12 001 Personen
1908 — 11 651

Der Rückgang der Verletzten wird daraus erklärlich, indem besonders in den Sandsteinbrüchen die Arbeit recht flau betrieben wurde, respektive sehr viele Arbeiterentlassungen vorliefen. Man kann also getrost sagen, daß sich die Unfallhäufigkeit gegenüber dem Jahre 1907 auf gleicher Höhe gehalten hat. — Tödlische Verletzungen waren im verflossenen Jahre 252 zu verzeichnen. In den letzten Jahren ist diese Zahl völlig konstant geblieben. Man bedenke, alljährlich büßen 2½ Hundert Steinarbeiter durch Unfälle ihr Leben ein! Können es da die Unternehmer nicht begreiflich finden, wenn unsere Berufscollegen immer den Ruf erschallen lassen: Schützt das Leben und die Gesundheit der Arbeiter.

Die Zahl der Rentempfänger beläuft sich nach den vorläufigen Feststellungen auf 24 367, und zwar:

16 059 Verletzte
669 Ehefrauen
1 539 Kinder
19 Verwandte aufsteigender Linie
2 417 Witwen
3 491 Aeltere
183 Verwandte aufsteigender Linie.

Man kann ohne weiteres annehmen, daß die 16 059 Verletzte zeitweilig als Krüppel dahinvegetieren müssen. Sie alle haben ihre Knochen den Steinindustriellen geopfert. Wir möchten nicht fragen, wie viel sich von den Unternehmern um ihre ehemaligen Arbeiter, die jetzt mit einer schmalen Unfallrente vorlieb nehmen müssen, kümmern. Die Verletzten bezogen im Jahre 1908 insgesamt 2 529 211.51 Mk. an Renten. Natürlich werden die Unternehmer sogleich behaupten, sie hätten diese Summe aufgebracht. Aber es ist zur Wahrung der Wahrheit geworden, daß in Wirklichkeit die Unfallversicherungsbeiträge von den Arbeitern getragen werden.

Gegen die Entscheide der Sektionschiedsgerichte wurden 778 Rekurse angemeldet. Das Reichsversicherungsamt wurde also von den verletzten Steinarbeitern sehr stark frequentiert. Von den Rekursen wurden 306 vom Reichsversicherungsamt zurückgewiesen, 53 fielen zu deren Gunsten aus. 220 Fälle schweben noch, in 11 Fällen wurde der Rekurs zurückgezogen, in einem Falle wurde die Sache an das Schiedsgericht, und in zwei Fällen an die berufsgenossenschaftliche Instanz zur anderweitigen Beschlußfassung zurückverwiesen. — Auffallen muß, daß so viele Verletzte vor dem Reichsversicherungsamt mit ihrem Rekurse nicht durchbringen konnten. Das Vertrauen zur höchsten Richterinstanz in sozialpolitischer Beziehung muß darunter sehr stark leiden.

Ein Revolverheld gemeingefährlichster Sorte.

Wiederholt schon waren wir gezwungen, auf die geradezu unglaublich rückständigen und oft ungeseligen Zustände in der Schwarzwälder Granitindustrie hinzuweisen. Die Krone alles bisher dagewesenen bilden aber die Zustände und letzten Vorkommnisse bei der Firma Konradin Zschokke, Steinbruchsbetriebe in Tiefenstein, Amis Waldsbühl. In genannten Betrieben werden die Granitarbeiten für das neue Kraftwerk Biehlen herge-

Recht. Schon unter der früheren Firma waren die Verhältnisse in den Steinbrüchen nichts weniger als zufriedenstellend. Doch war es den beschäftigten Arbeitern immer noch möglich zu existieren. Das sollte anders werden mit dem Antritt eines neuen Ingenieurs. Nachdem dieser Herr, Max Kösch, angeblich aus Oesterreich, fünf Tage im Betriebe war und dadurch vermutlich glaubte genügend Kenntnisse über die Eigenheiten des Betriebes gesammelt zu haben, ließ er urplötzlich am 6. April mittags bekannt machen, daß von nachmittags an im Afford gearbeitet wird, und zwar zu Preisen, die die bisherigen Löhne pro Tag um 2 bis 3 Mk. reduziert hätten. Daß eine Arbeitsordnung besteht, die eine achtstündige Vorkriegszeit vorsieht, während welcher eine Aenderung der bestehenden Lohnbedingungen nicht erfolgen darf, spielt für den Herrn keine Rolle. Im Gegenteil, als die Arbeiter sich berechtigterweise weigerten, im Afford zu arbeiten, verhängte er über jeden eine Geldstrafe von 5 Mk. und erklärte jeden für entlassen. Soweit ist der Vorgang kein außergewöhnlicher, denn derartige Reduzierungsbestrebungen sind wir von unsern Unternehmern nachgerade gewöhnt. Nur mit dem Unterschied, daß alle diese Vorgänge von den gemeinsten Schimpfworten begleitet waren, deren Wiedergabe uns der Anstand verbietet.

In der Nacht vom 7. zum 8. d. M. scheint dem Herrn aber der Rest der ihm noch gebliebenen Vernunft abhanden gekommen zu sein. Mit einem sechs-läufigen Revolver von 8 Millimeter Kaliber, also keinem Spielzeug, zwang er den Hausdiener des Gasthauses zur Post, ihm die Schlafgemächer der dort wohnenden italienischen Steinbauer zu zeigen. Dort eingebrungen, rief er die Schlafenden aus den Betten, stieß sie gegen die Wände und forderte sie auf, den Gasthof noch sofort in der Nacht zu verlassen. Doch es blieb nicht bei der Drohung mit dem scharfgeladenen Revolver. Als Kollege Peter Seigl aus Metten, um ein Unglück zu verhindern, den Rasenden zu entwaffnen suchte, schloß derselbe zweimal, zum Glück ohne jemanden zu treffen. Es gelang genanntem Kollegen mit Anwendung bajonettischer Kräfte, sich in den Besitz des Revolvers zu setzen. Der Herr Ingenieur aber lief in der Nacht noch nach der nächsten Gendarmestation in Görwihl und forderte die Verhaftung des Seigl! Wenn je durch die Kaltblütigkeit der Arbeiter ein Unglück verhütet worden ist, so ist dies hier der Fall.

Wären unter den etwa 15 Angegriffenen nur einige gleichartig Veranlagte gewesen, so wäre der Ausgang nach menschlicher Berechnung ein anderer gewesen. Ohne eine wohlverdiente Tracht Prügel wäre der Herr zum mindesten nicht weggekommen. Es muß unumwunden anerkannt werden, daß durch das Verhalten der Arbeiter, trotz der unglaublichen Provokation, ein Unglück verhindert worden ist. Der Herr aber, der mit Menschenleben spielte, als wenn es sich um junge Rassen handelte, läuft in unmittelbarer Nähe der Schweizer Grenze immer noch frei herum, nachdem man sich begnügt, ihn einem Verhöre zu unterziehen. Wie schnell wäre man bei der Hand gewesen, wenn ein Arbeiter durch unüberlegte, aber nicht einmal ernst gemeinte Äußerungen das angebetete hätte, was dieser kaltblütig ausführte. Am Tag vorher waren in Tiefenstein vier Gendarmen anwesend. Wir wissen nicht den Grund dieser auffällenden Erscheinung und müssen sie infolgedessen auf die Arbeitsniederlegung der 75 Italiener zurückführen. Das war unfers Erachtens unnötig, auf den gewalttätigen Herrn Scharfschützen hätten die Gendarmen ruhig ein wachsameres Auge haben dürfen. Der ganze Vorgang bietet einen weiteren Beweis, welche Mißachtung man von manchen Seiten Arbeitern entgegen bringt, besonders wenn es sich um Ausländer handelt.

Auf telegraphischen Anruf erschien der Obergeringieur der Firma. Trotz des schreienden Unrechtes, in welchem sich der Ingenieur Kösch befand, wurde derselbe vom Vertreter der Firma gebittet. Der Versuch des herbeigerufenen Gauleiters, eine Zurücknahme der Lohnreduzierung zu bewirken, scheiterte an der kategorischen Erklärung, daß in Zukunft unter keinen Umständen mehr im Stundenlohn gearbeitet werden kann.

Daher wir nie prinzipielle Gegner der Affordarbeit sind, so ist es gänzlich ausgeschlossen, daß in den Betrieben der Firma Afford im Afford gearbeitet werden kann, da sich dieselben in einem Zustand befinden, der ein flottes Hintereinanderarbeiten nicht zuläßt. Einmal ist nicht genügend Platz vorhanden, dann müssen die Steine von den Arbeitern selbst von weitem geholt werden. Die Steine werden den Arbeitern geliefert, wie sie von Felsen fallen, so daß oft erst stundenlang gefastet und pösiert werden muß, bis die eigentliche Arbeit des Steinbauers beginnen kann. Es fehlt an Handwerkszeug. Endlich ist das Material so stichig und rissig, daß aus diesem Grunde sich die Affordarbeit verbietet, da es passieren kann, daß ein Stein nach tagelanger Bearbeitung infolge eines Naturfehlers entzwei geht. Für die Firma mag es allerdings eine verlockende Aussicht sein, dem Arbeiter das Geschäftsrisko aufzuhalsen und selbst nur den Profit einzubehalten.

Das ganze Bild ist eine treffliche Beleuchtung der Zustände bei den staatlichen Bauten oder bei den Firmen, die Arbeiten für den Staat ausführen. Schlimmeres finden wir auch nicht in den Privatbetrieben. Den Aufsichtsbehörden ist dringend zu empfehlen, ein wachsameres Auge auf diese Betriebe zu haben. Hat man soziale Gendarmen für Tiefenstein zur Verfügung, so sollte man diese die Steinbrüche kontrollieren lassen in Bezug auf die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze, die Bundesratsverordnung für Steinarbeiter, die Unfallverhütungsvorschriften, die Gewerbeordnung usw.

Der Revolverheld begann seine Tätigkeit mit der Lohnauszahlung am 3. April in der Birtsch auf Post. Davon haben vermutlich die Gendarmen nichts gemerkt. Wir werden Mittel und Wege finden, um auch in diesen Betrieben Zustände herbeizuführen, wie sie anderwärts schon lange üblich sind, und erwarten von den Behörden bei diesem Bestreben die tatkräftigste Unterstützung.

Zugung von Steinarbeitern nach Tiefenstein, Amt Waldshut, ist streng fernzuhalten, und bitten wir, die Italiener an allen Orten auf vorstehendes hinweisen zu wollen.

Korrespondenzen

Breslau I. Eine Versammlung, die am 6. April tagte, nahm den ausführlichen Bericht der Lohnkommission entgegen. Die Versammlung stimmte nach langer, hitziger Debatte dem Antrag der Kommission, den alten Tarif auf ein weiteres Jahr zu verlängern, zu. Damit war der Streik für beendet erklärt. Als Neuerung und kleiner Erfolg ist das Einsetzen einer Schiedskommission zu betrachten. Das Verhalten des Zentralvorstandes soll auf der nächsten Gaufonferenz zur Sprache gebracht werden.

Am 7. April war Kollege Starke in Breslau anwesend, der sich auch mit dem Gedanken getragen hat, den Streik abzubrechen. Die Arbeit war ihm erspart geblieben. — Es wurde schnell eine Versammlung einberufen, um Kollegen Starke Gelegenheit zu geben, das Verhalten des Zentralvorstandes zu rechtfertigen. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über den abgebrochenen Streik. Der Streik sei mit großer Einmütigkeit geführt worden. Alle Kollegen hätten ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Aus dem Kampfe wären wir sicher als Sieger hervorgegangen, hätte der Zentralvorstand eine andre Taktik eingeschlagen. Die Kollegen, die vor dem Streik arbeitslos waren, müßten im Kampfe unterstützt werden. Durch das Verhalten des Zentralvorstandes wäre jeder Streik in einer Großstadt zur Unmöglichkeit geworden. Denn in einer Stadt mit einer halben Million Einwohner gäbe es immer Arbeitslose. Kollege Starke rechtfertigt das Verhalten des Zentralvorstandes und kommt zu dem Schluß, daß der Vorstand das Gesamtinteresse der Organisation wahren müßte. Es wäre in mehreren Orten ebenso verfahren worden wie in Breslau. Die Debatte, die einsetzte, war ziemlich erregt, doch war sie zum weiteren Ausfließen der Zahlstelle sehr notwendig. Während des Streiks hat als Arbeitswilliger Otto Bühse fungiert. Dieser Herr hat die Dreistigkeit

befessen, für seine Geldentart noch Streikunterstützung zu verlangen.

Seppenheim. Am 4. April fand im Gasthaus zur Bergstraße eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde festgestellt, daß der Tarif vielfach von den Meistern umgangen wird. Lohnzettel werden beim Aufbäumen nicht herausgegeben, wodurch die Kollegen am Zahltag schwer geschädigt sind. Bei der Firma Rühl u. Wainmuth (Platz Seppenheim) verlangten zwei Kollegen ihre Lohnzettel, sie erhielten aber die Antwort: wenn es nicht paßt, dann gehen, und machten auch daraufhin Feierabend. Bei der Firma Köhler u. Rühl (Platz Seppenheim) muß ja öfters Bubenrecht abgehalten werden. Es scheint, als ob die Kollegen nicht den Mut hätten, vorzugehen, damit solche Zustände beseitigt werden. Bei letztgenannter Firma sind Denkmäler angefertigt worden im Tagelohn. Diese kamen auf 61—62 Mk. Arbeitslohn; während im Afford nur 47 Mk. für dasselbe Denkmäl bezahlt werden. Hier tragen auch die Kollegen wieder die Schuld selbst. Durch das übermäßige Schustern wird den Unternehmern nicht allein viel Profit, sondern auch zugleich Material bei Tarifunterhandlungen geliefert. Die Bundesratsverordnung wird ebenfalls in den meisten Betrieben wenig oder gar nicht beachtet. Betreffend Gaufonferenz wurde beschloffen, bei der Gauleitung den Antrag zu stellen, eine solche vor dem 1. Juni abzuhalten. Zur Maifeier wurde der Antrag der vereinigten Gewerkschaften angenommen. Die Kollegen, die wirtschaftlich und materiell nicht geschädigt sind, sollen den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern; im übrigen findet am 1. Mai, abends, im Gasthaus zur Bergstraße (Witwe Mann) Versammlung statt, darauf Konzert.

Kronach. Hier bestand schon vor mehreren Jahren eine Zahlstelle unfers Verbandes, die aber aus unliebsamen Anlässen, die nicht näher erörtert werden sollen, einging. Die Kollegen schlossen sich dann zu einem Teil dem Zentralverband der Maurer an. Die Arbeitsverhältnisse waren hier sehr eigenartige; die Steinbauer waren auch zugleich Maurer und wurden ganz nach den Konjunkturverhältnissen bald in ersterem, bald in letzterem Gewerbe beschäftigt, da die Steinbrüche und Steinmeßbetriebe im Besitz von Bau- und Maurergesellschaften waren. In den letzten Jahren hat sich aber eine Scheidung der Berufe und eine Produktionsänderung vollzogen. Es haben sich reine Berufsgruppen herausgebildet. Diese Aenderung veranlaßte eine Anzahl Steinarbeiter, sich mit der Frage des Uebertritts zum Steinarbeiterverband zu beschäftigen. Nachdem der Zentralverband und die Gauleitung sich mit den leitenden Instanzen des Maurerverbandes zwecks Uebertritts verständigt hatten, fand am 3. April eine gut besuchte Versammlung statt, in der das für und Wider erörtert wurde. Kollege Hoffe sprach über die örtlichen Verhältnisse, Aenderung des Produktionsprozesses, die Rechte und Pflichten in beiden Verbänden, Schwierigkeiten der Agitation unter unsern Kollegen und die großen Ausgaben für Agitation in unserm Verbands usw. Gerade das letztere verpflichtete die Kronacher Steinarbeiter, unserm Verbands beizutreten, damit wir in der jetzigen Weise weiterarbeiten können. Von keiner Seite erfolgte Widerspruch; man vertrat im Gegenteil den Standpunkt, man müsse unbedingt, selbst wenn man im Maurerverband materielle größere Vorteile habe (was aber gar nicht bewiesen ist), sich dem Steinarbeiterverband anschließen. Selbst die im Maurerverband verbleibenden Genossen halten den Schritt für notwendig. Der Arbeitersekretär, Genosse Seelmann, sprach sich im Auftrage des Gewerkschaftskartells in demselben Sinne aus und er vertrat den Standpunkt, daß in der einwandfreiesten Weise vom Steinarbeiterverband vorgegangen sei. Durch die Scheidung sei beiden Verbänden gedient, die Agitation würde und müsse in Zukunft intensiver betrieben werden. Die 20 anwesenden organisierten Steinarbeiter regeln ihre Bücher und treten über, 6 anwesende unorganisierte Kollegen traten bei. Kollege Meßbäcker und Genosse Seelmann erklärten sich bereit, die Arbeiten bis zur endgültigen Vorstandswahl in die Hand zu nehmen. Nach einem Hoch auf beide Verbände wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Niedermendig (Kreis Mayen, Rheinland). Am 28. März fand hier eine stark besuchte Versammlung der Steinarbeiter statt, die vom Vorstande der Steinarbeitervereinigung von Mayen und Umgegend einberufen war. Als Referent war Herr Fromm-Röll, Sekretär vom Christlichen Keramik- und Steinarbeiterverband, erschienen. Das Thema lautete: Christliche oder freie Gewerkschaften? Er führte etwa folgendes aus: Das Großkapital nehme auch in der Steinindustrie immer mehr zu; der einzelne Arbeiter sei machtlos; nur vereint sei eine Bessergestaltung der Existenz möglich. Die Arbeiterbewegung sei leider in verschiedene Richtungen gespalten; daran seien aber die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften schuld. Wohl gingen sich die Freien den Mantel der Neutralität um, aber es würden Gelder für den Wahlfonds gegeben usw. Die Aufgaben der Gewerkschaften lägen auf wirtschaftlichem Gebiet und nicht auf politischem. Auch ständen die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter der Vormundschaft der Partei. Es seien zwei Weltanschauungen, die sich gegenüberstünden, denn mit der Erschöpfung des Erdendaseins sei es allein nicht getan, man müsse auch an das Jenseits denken. Redner kommt dann zu der Stellungnahme der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber der Religion zu sprechen und glaubt durch einige Zeitungsartikel den Nachweis zu führen, diese bekämpften das Christentum. Nachdem er noch die Gründungen der christlichen Gewerkschaften und ihre Leistungen besprochen hatte, erklärte er, daß der Christliche Keramik- und Steinarbeiterverband die Interessen der Steinarbeiter im Mayener Steinbruchgebiet am besten und zweckmäßigsten vertreten würde. Mit der Aufforderung, sich baldigst dem Keramik- und Steinarbeiterverband anzuschließen, schloß er seine zirka einstündigen, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Nach einer Pause erhielt als erster Diskussionsredner Gauleiter Ad. Hermann-Röll das Wort. Auch er betonte zunächst die Notwendigkeit der Organisation für die Kollegen; nur würde es ihn, daß Fromm so über die freien Gewerkschaften urteile. Ein großer Teil der Kollegen vom Mayener Bezirk ginge alljährlich in die Fremde, dort schließen sie sich dem Steinarbeiterverbande an und sehen somit ein, wie wirksam dieser die Interessen seiner Mitglieder wahrnimmt. Es sei richtig, daß ein Teil der Mitglieder von den freien Gewerkschaften auch der Arbeiterpartei angehöre, weil diese es sei, die im Reichstage die Interessen der Arbeiter am energischsten vertritt. Das könne man von der Zentrumspartei nicht sagen, denn in dem Zeitlaufe des Zentrums für das Jahr 1908 stehe auf Seite 5: „Wir sind keine Arbeiterpartei — sondern die allgemeine Volkspartei.“ Die Gründung der christlichen Gewerkschaften sei nur erfolgt, weil das Zentrum das Anwaschen der Mitglieder in den Gewerkschaften aufmerksam verfolgt habe und nun befürchtete, seinen Anhang unter den Arbeitern bei den Wahlen zu verlieren. Die Christlichen sollten einen Sturmbock bilden gegenüber den 2 Millionen frei organisierten Arbeitern. Wenn auch hier und da eine Gewerkschaft selber für den Wahlfonds gegeben habe, so sei das nicht schlimm. Die Christlichen würden das vielleicht aus dem Grunde nicht tun, weil ihre Kapitalkraft noch schwach sei. Von einer Vormundschaft der Partei gegenüber den Gewerkschaften sei ihm nichts bekannt. Eine Bekämpfung der Religion sei in den freien Gewerkschaften ausgeschlossen; jeder könne seinen Glauben betätigen, wie er wolle. Unser Bestreben sei es, unsern Berufs-kollegen schon auf Erden soweit als möglich zu einer besseren Existenz zu verhelfen. Die Arbeitgeber würden sich schon bedanken, wenn sie sich christlich organisieren sollten; da werde nicht danach gefragt: „Bist du Christ oder keiner“, hier heiße es einfach: „Es muß Stellung gegen die ungeheuren Forderungen der Arbeiter genommen werden.“ Der Gauleiter verliest dann noch Ausführungen von christlichen Gewerkschaftsführern (Drust usw.), die nicht gerade von christlicher Liebe und Duldsamkeit zeugen gegenüber den christlichen Unternehmern. Der katholische Pfarrer Holt in Münden-Bladbach habe in einer

Versammlung erklärt, es gebe weder einen christlichen Jehntundtag noch sozialdemokratische Arbeitslöhne; die Interessen der Arbeiter seien gemeinsam. Ebenfalls hat der katholische Pfarrer Dr. Pfannkuch in einer Rede am 10. Januar 1908 in Osnabrück erklärt, es müsse öffentlich festgestellt werden, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste enthalte, das einen guten Christen abhalten könne, der Partei beizutreten. Auch wunderte sich der Gauleiter, daß Herr Fromm so wenig über die geringe Entlohnung der Kollegen im hiesigen Distrikt gesprochen habe; es wäre vor allen Dingen notwendig, daß Mittel und Wege gefunden würden, um die Lohn- und Affordverhältnisse zu bessern. (Echthafter Beifall.) Niemand habe er die christlichen Gewerkschaften so heruntergemacht, als wie es der Referent mit den freien Gewerkschaften gemacht habe. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl er den Kollegen in ersten, zu Herzen gehenden Worten den Beitritt zum Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. (Echthafter Beifall.)

Der Referent versuchte noch, die Ausführungen des Gauleiters in seinem Schlußwort zu widerlegen. Von der Steinarbeitervereinigung sprach noch Kollege Anschau-Mayen, der den Anschluß an die Vereinigung empfahl. Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Gauleiters erfolgte Schluß der Versammlung.

Da sich eine Anzahl Kollegen bereit erklärten, dem Verbands beizutreten, wurde eine Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes errichtet. Mögen die dortigen Kollegen im ganzen Distrikt bald den Weg zum Verbands finden und den Spruch beherzigen: Großes Werk gedeiht — nur durch Einigkeit.

Pirna und Umgegend. Am 8. April fand im Gasthof zu Kottwenderdorf eine Steinmeßversammlung statt. Tagesordnung: Der Stand der Bewegung bei der Firma Neumann. Die Kollegen Ernst und Seidel schilderten in kurzen Zügen die Aenderung, die seit der letzten Versammlung eingetreten ist. Aus einem Schreiben des Verbandes deutscher Steinmeßgeschäfte war zu entnehmen, daß der Verband die noch schwebenden Tarifstreitigkeiten durch ein einseitiges Schiedsgericht entscheiden lassen will. Der Unternehmerverband stellt die Bedingung, daß die Parteien vor Zusammenreten des Schiedsgerichts erklären, sich dem zu fallenden Schiedspruch unwillig zu fügen. Außerdem soll die Arbeit bei der Firma Neumann sofort wieder aufgenommen werden. Die Kollegen Ernst und Seidel haben dem Verband mitgeteilt, daß hierüber nicht sie, sondern eine einzuberufende Versammlung zu entscheiden hat. Die beiden Kollegen versicherten aber, wenn als Schiedsrichter Unternehmer fungieren, die den Tarif mit ausgearbeitet haben und dem Unternehmerverband in der Amtshauptmannschaft Pirna nicht angehören, sich die Steinmeß dem Schiedspruch unterwerfen werden. — Der Verband hat hierauf mitgeteilt, daß als Schiedsrichter zwei Dresdner Meister auszuwählen sind und daß ein dritter Meister ebenfalls aus Leipzig zugezogen wird. Der Verband glaubt damit für vollständige Unparteilichkeit Sorge zu tragen und ersucht um Namhaftmachung unserer Schiedsrichter. Dieselben sollen im Bezirk arbeiten, aber zur Zeit des Streiks nicht bei Neumann beschäftigt gewesen sein. Da der Verband deutscher Steinmeßgeschäfte mit seinem einzuberufenden Schiedsgericht unfruchtbar Forderung, die Streitigkeiten vor dem Dresdner Schiedsgericht entscheiden zu lassen, ziemlich nahe kommt, empfehlen die Kollegen Seidel, Ernst und Abler der Versammlung, die Bedingung anzunehmen. Nach langer heftiger Debatte wurde demgemäß beschloffen. Als Schiedsrichter wurden die Kollegen Steglik und Abler und als Erfasgmann Fickel gewählt. Die Arbeit soll am 13. April unter der Bedingung aufgenommen werden, daß das Schiedsgericht in der Woche vom 12. bis 17. April tagt. Des weiteren wurde beschloffen, den Kollegen das Umhauen nach Arbeit im Gottliebatal wieder freizustellen.

Wiesbaden. In der außerordentlichen Versammlung am 28. März waren trotz wichtiger Tagesordnung verhältnismäßig wenig Kollegen anwesend. Kollege Sarfert-Mannheim beriefte mit seinen Ausführungen zu Beginn der Versammlung die Kollegen aufzumuntern, an unfruchtlichen Forderungen festzuhalten. Die weitere Debatte war interessant. Der Werksplatz Schulz mußte als Schiedsrichter gehalten; denn besagter Firmeneinhaber kann sich, da er fast nur Unorganisierte in seinem Musterbetrieb hat, erlauben, die Löhne ganz einfach nach seinem Gutdünken festzusetzen. Er reduzierte die Stundenlöhne unter dem Vorwand der bestehenden Krise um 5 Pfg. die Stunde. Klüger sind die Betroffenen dadurch bis jetzt immer noch nicht geworden! Wir haben die Zuerst, daß unsere Lohnbewegung immerhin noch zu unseren Gunsten beendet wird.

Würzburg und Umgegend. Bei der Firma Wetter in Hofmannsdorf wurden mehrere Kollegen entlassen, weil sie veranlaßt hatten, daß im Betriebe ein Bubenrecht stattfand. — In Hartershofen im Geschäft Holzmann wurden plötzlich alle Kollegen entlassen und der Betrieb ganz eingestellt. Lohnreduzierungen von 10 bis 30 Prozent waren der Entlassung vorausgegangen. — Bei der Firma C. Schilling in Kirchheim wurden 20 Mann angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Der Entlassungsgrund ist aber zu kurzschichtig, und er scheint nur benutzt zu sein, um unliebsame Steinmeß an die frische Luft zu setzen. Der Polier Sauter erklärte, daß der Betrieb von allen organisierten Steinmeß gefäubert und unorganisierte Maintalsteinmeß eingestellt würden. Ueberhaupt legen in diesem Geschäft die Poliere und die andern Beamten ein großsprecherisches, prophanes Benehmen an den Tag. Diese Leute haben in sehr kurzer Zeit ihre Herkunft vergessen. Herrn Schilling wäre im Interesse des Geschäfts zu raten, seinen Beamten andre Umgangsformen anzuempfehlen. Aber auch unsere Kollegen müßten sich mehr der Erziehung dieser Leute widmen, ihnen den Kasernenhofstolz abgewöhnen und alle privaten Gespräche meiden. Die Poliere und die sonstigen Vorgesetzten in den süddeutschen Steinmeßbetrieben benehmen sich mit wenigen Ausnahmen fast viel brutaler als die eigentlichen Unternehmer. Es macht mitunter den Eindruck, als wenn man seine minderen Berufskennnisse durch ruppiges Auftreten nach unten und unterwürdiges Benehmen nach oben auszugleichen sucht. In Anbetracht der geschilderten Situation wird sich kein Kollege nach den hiesigen Betrieben sehnen.

Rundschau.

Wie's trifft. In der Nr. 15 des „Steinbauers“ berichteten wir, daß der „Deutsche Steinbildhauer“ seine Leser wegen des Striegauer Streiks mächtig angegraut habe. Er schrieb nämlich, die Arbeiter hätten hohe Lohnforderungen gestellt. In der Nummer vom 8. April meldet nun der „Bildhauer“: „Die 1500 Granitarbeiter wollen sich die zugesagten Lohnreduzierungen nicht gefallen lassen.“ — Es hat allerdings 14 Tage gedauert, bis das Meisterorgan von der Wahrheit Kunde erhielt, daß die Unternehmer 5 Prozent vom Lohn kürzen wollten.

Wien vergibt Pflastersteinlieferungen nach Bayern. Die Stadt Wien hat kürzlich große Pflastersteinlieferungen vergeben. Es wurden auch zwei große bayrische Werke mit Aufträgen bedacht. Die Firma Gebrüder Kerber-Hauzenberger hat anzuliefern: 128 000 Wilschöfener und 45 000 Hauzenberger Würfel. Weiter 12 000 große gerigte Würfel, die Bayrische Granitattiengeellschaft (St. Regensburg) liefert: 180 000 Schäringer, 180 000 Wilschöfener und 50 000 Hauzenberger Würfel, 10 000 Schäringer, 90 000 Wilschöfener und 30 000 Hauzenberger glatte, 5000 Schäringer und 15 000 Wilschöfener große gerigte, 6000 Zwidel, je 10 000 Schäringer und Wilschöfener Formsteine.

Rechnen wir im Durchschnitt 32 Pflastersteine auf den Quadratmeter, so ergibt sich, daß die beiden bayrischen Firmen rund 20 600 Quadratmeter erstklassige Pflastersteine zu liefern haben. Unsere niederbayrischen Kollegen werden also darauf rechnen

Können, daß für sie in den nächsten Monaten flatter Geschäftsgang eintritt. Wir können leider nicht mitteilen, was die Stadt Wien für den Quadratmeter bezahlt; aber die Gesamtlieferung wird einen Wert von rund 200 000 Mk. repräsentieren. — Wenn die niederbayrischen Firmen überhaupt nach Wien liefernsfähig sind, so deshalb, weil sie auf der Donau billig verfrachten können, und weil kein Eingangszoll erhoben wird. Wenn von Bülshofen bis Wien lediglich Bahntransport in Frage käme, so wären die Firmen natürlich nicht in der Lage, Offerten abzugeben, die auf Berücksichtigung rechnen könnten. Die 20 600 Quadratmeter Pflastersteine ergeben etwa 3433 Kubikmeter = 855 Eisenbahnwaggons zu je 200 Zentner. Das Exemplar kann um Kleinigkeiten differieren, denn wir kennen die Maße der Steine nicht, auch ist uns das spezifische Gewicht der betreffenden Granite unbekannt. — Wenn wir von der Steinvergebung der Stadt Wien Notiz nehmen, so deshalb, weil uns daran liegt, festzustellen, daß die niederbayrische Pflastersteinindustrie nur existieren kann, wenn ihr ausländische Lieferungen übertragen werden. Das müßte sich insbesondere diejenigen deutschen Patrioten merken, die für hohe Pflastersteinsätze schwärmen. Würde beispielsweise Oesterreich die aus Deutschland kommenden Pflastersteine mit einem Zoll belegen, so würde die blühende Granitindustrie im untern Bayrischen Walde mit einem Schlag vernichtet.

Neuer Großbetrieb. Die bekannte Bahnbaufirma Benz u. Co. hat in Buzbach (Oberhessen) einen Steinbruchbetrieb eröffnen lassen. Zum Werk gehört der Steinbruch Münsenberg, das Kalkwerk Ebersgöns und die Sandgruben bei Sambach. Die Firma will auch Kunststein fabrizieren.

Specksteinlager erschlossen. In Göpfergrün (Fichtelgebirge) hat eine Bamberger Tiefbaugesellschaft mächtige Specksteinlager entdeckt. Um die Fundstätten auszubeuten, soll eine Gesellschaft gegründet werden.

Submissionsblüten. Das Breslauer Militärbaumeister I vergab kürzlich Pflasterungsarbeiten; auch die Kopfsteine waren mit anzuliefern. Es gingen Angebote ein in Höhe von 9740 Mk., 9893 Mk., 12 865 Mk., 15 312 Mk., 16 778 Mk., 17 396 Mk. und 20 037 Mk. Nachdem die Offerten den Submittenten vorgelesen waren, stellte das Bauamt den beiden billigen Jakobson anheim, ihre Angebote nochmals zu prüfen und höhere Forderungen zu stellen. Diesem Antrage werden die beiden Herren sicherlich nachgegeben sein.

Die Krise in Amerika. Der Niedergang des industriellen Lebens während der gegenwärtigen Krisenperiode hat in den Vereinigten Staaten noch schärfere Formen angenommen als bei uns. Die Gesamteinfuhr des Landes betrug im Jahre 1908 nur 1116 Millionen Dollar gegenüber 1423 Millionen Dollar im Jahre vorher, d. i. 21 Prozent weniger. Die Ausfuhr sank von 1923 Millionen Dollar auf 1753 Millionen Dollar oder um 8,8 Prozent. Nur dank der stark gestiegenen Kupferausfuhr konnte ein weiteres Nachlassen der Ausfuhr verhindert werden. Die Produktion von Roheisen, der Grabmesser des industriellen Lebens, ging von 26 Millionen Tons in 1907 auf 16 Millionen Tons in 1908 zurück und erreichte damit einen Stand wie im Jahre 1901. Es sank ferner die Produktion von Stahl um 40 Prozent, die von Schienen um 66 Prozent, von Blechen um 50 Prozent, die Kohlenförderung um 12 Prozent, die Koksbereitung um 30 Prozent. Starke Rückgänge hatten gleichfalls noch zu verzeichnen die Textil-, Zement- und Papierindustrie. — Man kann sich leicht ausmalen, welche Summe von Arbeitslosigkeit, d. h. Not, Entbehrung und schrecklichem Elend sich hinter diesen trockenen Ziffern verbirgt.

Reiter Bengel. Der Steinmetzlehrling Karmrod aus Erfurt, welcher im Alter von 18 1/2 Jahren steht, ermordete vor vier Monaten seine Geliebte (1). Von dem Erfurter Schwurgericht wurde K. zum Tode verurteilt; der Kaiser hat aber das Todesurteil in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Hilferuf. In dem christlich-sozialen Blatt „Das Volk“, das in Siegen erscheint, stand am 9. April 1909 folgendes Inserat, das unsre Kollegen sicherlich sehr interessieren dürfte:

Zal. 1, 27. Die Nähe der Festtage ermutigt mich, die „Volk“-Gemeinde wieder einmal um ein Scherlein zur Linderung großer Not anzurufen. Es handelt sich um meine frühere Magd, die uns f. 3. sechs Jahre lang trenn gedient hat. Sie heiratete aus unserm Pfarrdorfe einen sehr braven fleißigen Steinmetzen, mit welchem sie in glücklicher Ehe lebte. Dem Bunde entsproß ein jetzt 8 Jahre alter Knabe. Seit zwei Jahren erkrankte der blühende Mann, wohl infolge seines Berufes an Tuberkeln, wurde in der Lungenheilkunst als unheilbar nicht aufgenommen. Der Verdienst fiel weg, die Verpflegung beanspruchte große Ausgaben, die Doktor- und Apothekerkosten zehrten alle Ersparnisse auf, die Not wuchs von Tag zu Tag, der Ehemann starb vor 14 Tagen, die bedrängte Witwe wendet sich in ihrer Hilflosigkeit an mich, ihren alten Herrn, um Unterstützung; ich in beschränktem Vermögensstand (1) kann nicht viel tun, aber barmherzige Christenmenschen kann ich bitten: helft mir die Witwe und das Waisenkind in ihrem Elend unterstützen um dessentwillen, der für uns gestorben und außerstand ist.

Siegen, Goethestraße 57.

L. Hofmann, Pfarrer.

Wenn der Pfarrer für die Witwe um milde Gaben bittet, so haben wir nichts dagegen. Das Inserat aber besagt so recht glänzend, in welcher kümmerlichen Verhältnissen die Steinarbeiter dahingeverweilen. Der Pfarrer bestätigt, der Steinmetz war brav und fleißig, aber die Lungenkrankheit stellte sich ein, und die ganze Familie kam in bitterste Not. Unsre „unübertroffene“ Sozialpolitik vermag aber vollständig. Der Schwerleidende findet keine Aufnahme im Sanatorium. Es wird ihm die Tür zugeschlagen, die Berufskrankheit ist schon zu weit vorgeschritten. Es wäre besser, wenn von nun an der Herr Pfarrer dafür einträte, daß die tägliche Arbeitszeit der Steinarbeiter um ein Beträchtliches verkürzt werden sollte. — Der „Hilferuf“ weist den Kollegen so recht den Weg, auf welche Weise sie ihre Interessen wahrnehmen sollen.

Die Gewerbegerichts Wahl im Städtchen Heppenheim (Obenwald) fiel zugunsten der freien Organisationen aus. Auf die Liste des Gewerkschaftskartells entfielen 139 Stimmen. Die Christlichen und Kirch-Dunderschen erhielten keine Stimme. Die Steinarbeiter der Zahlstelle Heppenheim nahmen geschlossen an der Wahl teil.

Ein Kongreß der dänischen Landarbeiter fand während der Ostertage in Kopenhagen statt. Hauptpunkt der Verhandlungen war die Beratung eines Kontraktes, der die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Landarbeiter regelt. Der Verband der Landarbeiter zählt über 4000 Mitglieder. Bemerkenswert ist die einstimmige Ansicht, daß der Verband das Mittel sei, dem Vordringen des Sozialismus auf dem flachen Lande die Wege zu ebnen.

Schießunfall. In dem Steinbruch von Fr. Röder in Nandersaßer ereignete sich am 7. April ein bedauerlicher Unfall. Die Steinmetzen Ludwig Hoffmann und Rütchlein waren mit dem Sprengen von Steinen beschäftigt. Da ein Schuß nicht lösend, wollten sie ihn wieder ausbohren. Mittlerweile ging er aber doch los und die beiden wurden schwer verletzt. Seltenerweise war nicht einmal Verbandszeug zur Stelle. Die bewahrenswerten Kollegen wurden in das Juliushospital nach Würzburg verbracht.

Eine Bauarbeiterkonferenz für Sachsen wurde am 2. Osterfeiertage in Dresden abgehalten. Sie war von 127 Delegierten aller Bauberufe aus 48 Orten besucht. Die Ausführungen der Referenten und der

Debatterendner gipfelten in dem Urteil, daß der Bauarbeiterbeschütz in Sachsen noch sehr im argen liege. Es gäbe zwar eine Reihe ganz guter Schutzbestimmungen, diese ständen jedoch nur auf dem Papier. Die Baukontrolle durch die Behörden sei durchaus ungenügend; Kontrolleure aus dem Arbeiterstande, die aus freier Wahl hervorgingen, seien dringend notwendig.

Eine entsprechende Resolution wurde angenommen, ebenso eine solche, die die Bauarbeiter aller Berufe auffordert, mehr als bisher zur Bekämpfung der Blei-krankheit zu tun. Eine dritte Resolution verlangt die Bekämpfung der Frauenarbeit auf Hochbauten, die in Chemnitz und Umgegend noch an der Tagesordnung ist. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die Zentralkommission für Bauarbeiterbeschütz zu ersuchen, eine technische Beilage mit Zeichnungen über muster-gültige Gerüste alle Vierteljahre den einschlägigen Gewerkschaftsorganen beizulegen.

An der verkehrten Seite.

Vor einiger Zeit war ein Arbeiter an der Außenseite des Sitters eines Irrenhauses beschäftigt. Einer der dort Verpflegten spazierte im Garten, kommt näher und beschaut den schwer Arbeitenden.

Der Arbeiter ruht einen Augenblick.
 Irrenhändler: „Harte Arbeit!“
 Arbeiter: „Ja!“
 Irrenhändler: „Sind Sie verheiratet?“
 Arbeiter: „Ja!“
 Irrenhändler: „Haben Sie Kinder?“
 Arbeiter: „Sechs!“
 Irrenhändler: „Wieviel verdienen Sie pro Tag?“
 Arbeiter: „Bier Mark!“
 Irrenhändler: „Freund, ich glaube, du stehst an der verkehrten Seite des Sitters!“

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Allgemeine Bekanntmachungen.

Kappelerodek. Der Steinmetz Michael Machl soll seine Adresse einfinden. Unterzeichneter möchte ihm eine wichtige Nachricht zukommen lassen. Reumüller.

Reihenhanen (Unterfranken). Wegen Todesfall unseres Vaters bitte ich die Vertrauensleute, mir die Adresse meines Bruders Karl Zeiler zukommen zu lassen. Joseph Zeiler.

Springe. Ersuche alle Mitglieder und Vertrauensleute um die Adresse des Steinbauers „Romolo“. Es sucht ihn sein Kollege Giovanni Vet wegen Verbandsangelegenheiten.

Johann Neuter, Vertrauensmann, Fünfhausenstr. 4. Treuchtlingen. Alle Kollegen, die bei der Betriebseinstellung des Treuchtlinger Marmorwerkes entlassen wurden, mögen sofort ihre Adresse der Gauleitung Würzburg zukommen lassen.

J. A.: M. Kohse, Würzburg, Wagnerplatz 7, II. Münchelsburg. Der Steinmetz Willi Henning mag sofort seine Adresse einfinden. August Waack, Vorsitzender.

Adressen-Änderungen.

Breslau I. Kass.: Reinhold Kozke, Neue Lauengienstr. 49.
 Bützow. Vorf.: Johann Kiesel; Kass.: Joseph Härterich.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.
 Donnerstag, den 22. April, abends 8 Uhr
Kombinierte Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15, Saal I.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. — 2. Stellungnahme zum 1. Mai. — 3. Verschiedenes.
 Rein in Arbeit stehender Kollege darf in dieser Versammlung fehlen!
 Um pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!
 Die Agitationsversammlungen, welche in Nummer 15 des Steinarbeiter angezeigt sind, müssen massenhaft besucht werden. Die Unorganisierten sind hierbei besonders einzuladen. Auch die Frauen der Kollegen sollen an den Versammlungen teilnehmen.
 Die Ortsverwaltungen haben die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß die Handzettel und Flugblätter frühzeitig verteilt werden.

Albert Baumann
 Werkzeugfabrik und Hartwerk
 Aue (Erzgeb.)
 Preisliste
 über alle
Steinmetz-Geschirre
 versende
 gratis.
 Lieferung sofort!

2 tüchtige Granit-Handschleifer
 finden bei hohen Akfordlöhnen Beschäftigung. Umzugs- oder Reisefosten werden eventuell vergütet.
Granitwerk Ritzmann & Biro
 Bützow (Mecklenburg).

Radweiler. Vorf.: Heinrich Dindinger. Kass.: Heinrich Kraus.
Mühlhausen (Elsas). Kass.: Konrad Hauser, Baubaustr. 79.
Pöfen. Kass.: G. Ruczarek, Kronprinzenstr. 95, S. II. r.
Rechenburg. Kass.: Hans Riepel, Lederergasse 127, II.
Rütgen. Vorf. und Kass.: Peter Buhr, Hochstraße 7.

Quittung.
 Eingegangene Gelder vom 5. bis mit 10. April.
 (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, K. = Eintrittsmarken, M. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, N. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Aunkirchen, B. 98.10, K. 1.40; Bunsau, B. 351.44, K. 59.10; Koblenz, B. 41.40, K. 5.10; Dresden, B. 1610.—, K. 320.70; Einbeck, B. 138.—, K. 6.—; Gefrees, B. 168.—, K. 15.75; Hafferobe, B. 92.—, K. 70.—; Kellheim, K. 21.—; Konstanz, B. 105.—, K. 1.50; Münster, B. 64.40, K. 15.10; Nordendorf, B. 138.—, K. 1.50; Offenbach, B. 46.—, K. 4.—; Oberlungwitz, B. 39.52, K. 0.50; Sparned, B. 94.51, E. 2.50, K. 4.60; St. Johann, B. 97.98, E. 1.—, K. 4.—, M. 0.20; Neumünster, B. 4.—; Vebental, B. 6.70; Stade, B. 19.25; Vab Sultia, B. 11.—; Wilm, X. 3.—; Welsch, B. 4.80; Wilhelmshaven (Huby), B. 4.95 (Flormann), B. 3.50; Kottbus, B. 3.85; Stendal, B. 4.15; Triefel, B. 1.65; Reichelbach, B. 1.05; Benig-Radwih, B. 184.—, K. 48.50; Sprochhövel, B. 96.96, K. 7.—; Springe, B. 12.60, E. 0.50, K. 1240.—; Obermörten, B. 19.—, K. 10.—; Neberkamth, B. 369.60, K. 15.65; Münschen, B. 138.—, K. 62.—; Kreuznach, B. 31.92, E. 1.—, K. 7.10, M. 5.60; Konstanz, K. 7.20, M. 0.75; Ramenz, B. 159.60, K. 1.—; Katterhammer, B. 114.66, E. 1.—, K. 5.40, Klein-Seubach, B. 25.20, E. 9.—, K. 5.80, M. 1.—; Hof, B. 161.—, K. 10.—, M. 0.40; Demitz-Thumitz, B. 630.—; E. 2.—, K. 40.—; Waugen, B. 73.50, E. 2.—; Altenteiningen, B. 24.36, K. 4.60; Bede, B. 152.—, K. 47.50; Bülow, B. 62.10, K. 2.30; Gebweiler, B. 23.—, K. 4.—; Magdeburg, B. 193.20, E. 1.20, K. 11.35, M. 2.—; Mannheim, B. 230.—, K. 13.75; Zwidau, B. 32.80, K. 3.45; Bülow (Ritzmann), Ins. 3.20; Altenhagen, B. 1.30; Hamburg I, B. 690.—, E. 10.—, K. 47.75; Heibingfeld, B. 102.58, K. 12.40; Hannover I, B. 253.—, E. 0.25, K. 20.50; Kleinrinberfeld, B. 53.20, K. 0.80; Madweiler, K. 10.—; Korbach, B. 168.—, K. 4.90, M. 1.25; Striegau, B. 4141.20, E. 33.50, K. 147.15, Ab. 4.60; Wunsiedel, B. 153.30, E. 0.50, K. 5.30; Salzwedel, B. 2.85; Merleburg, B. 4.30; Berlin, Ins. 32.60; Jansbrud, B. 1.87; Rempten, B. 25.20; Wehlen, B. 274.85; Tiefenhein, B. 76.—, E. 13.75, K. 1.80; Treuen, K. 10.—; Ströbel, K. 4.50; Straßburg, K. 46.—; Sulzfeld, B. 152.—, E. 9.50, K. 15.50; Riesa, B. 126.—, K. 19.50; Pöfen, B. 64.40, K. 1.60; Maasdoorf, B. 118.55, K. 11.20; Bilschowerda, B. 70.56, E. 1.—, K. 3.50; Bremen, B. 230.—, K. 31.—.
 Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.
 E. Da könnte jeder schreiben: die Sperre bleibt bis auf weiteres bestehen. Nein, wir verlangen allwöchentlich Bericht, geht derselbe nicht ein, so bleibt die Post weg. Amosität gegenüber eurer Zahlstelle lag uns fern. Wenn der Gauleiter gesagt haben sollte, es genügt, wenn aller 3—4 Wochen berichtet wird, so können wir uns mit dem nicht zufrieden geben. — Mithin. Wer ein Jahr Verbandsmitglied ist, kann nach § 5, Abs. 4 des Statuts Reiseunterstützung erhalten. Wenn 42 Beitrags- und 10 Erwerbslosenmarken geleistet sind, so genügt das. Viele Grüße — Dirpsch. Ja das Buch ist einzusenden. — M. Deine Anweisung auf den Peniurnüffel haben wir mit gutem Humor zur Kenntnis genommen. Viele Grüße und baldige Besserung.

2 jüngere tüchtige Gehilfen
 auf Grabsteinarbeit können sofort eintreten.
Ernst Meyer, Lüneburg
 Steinmetzmeister.

Junger tüchtiger Werkzeugschmied
 18—20 Jahre alt, für ein Granitwerk gesucht. Lohnanspruch ein-senden an
Granitwerke Karl Schwinger
 Wulkendorf bei Nittensau (Oberpfalz).

Tüchtige Hand- und Maschinen-Schleifer
 stellt ein bei guten Akfordlöhnen
Granitwerk Keil & Comp.
 Dresden, Leipziger Strasse 31.

Tüchtige Handschleifer
 finden in unserer Granitabteilung lohnende Beschäftigung.
 Westdeutsche Marmor- und Granitwerke
 Aktiengesellschaft Dortmund.

Gestorben.
 In Aue (Erzgebirge) am 8. April der Kollege **Emil Reinhold**, 38 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
 In Blandenberg am 11. April der Kollege **Joseph Bernbacher**, 36 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Demitz-Thumitz am 7. April der Kollege **Hugo Kunze**, 28 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
 In Eisingen (Zahlstelle Göppingen) am 8. April der Kollege **Robert Straub**, 34 Jahre alt, an einer Magenkrankheit.
 In Hartliebendorf am 1. April der Kollege **Hermann Kiesel**, 48 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Koblenz am 6. April der Kollege **Johann Menz**, 48 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Löwenberg am 2. April der Kollege **Reinhold Schneider**, 30 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Osterholz am 19. März der Kollege **Wilhelm Spenner**, 42 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Waldüren am 12. April der Kollege **Emil Siedinger**, 35 Jahre alt, an Wasserucht.
 Ehre ihrem Andenken!
 Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
 Verlag von Paul Starke in Leipzig.
 Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Allgemeine Betrachtungen.

Motto: „Wissen ist Macht.“

Im Anschluß an die kritischen Betrachtungen, die die Redaktion als Jahresrezümee über die einzelnen Gänge gebracht hat, will auch ich mein Herz entleeren. Boreist muß auch ich bitter Klage darüber führen, daß den Bibliotheken in den meisten Lagern nur wenig oder gar keine Beachtung beigemessen wird. In ihr liegen doch so viele Schätze des Wissens akkumuliert (aufgehäuft). Wenn der Arbeiter sein Leben kräftigen will, so muß er sein teures Gut, die Arbeitskraft, die ihm die Mutter „Natur“ mit auf den Weg gegeben hat, an einen andern verkaufen. (Moderner Sklave.) Er hat kein Anrecht auf irgendeine Scholle Erde, worauf er seine Bedürfnisse fürs Leben pflanzen könnte. Das läßt den natürlichen Begriffen zuwider. Nur einzelne haben sich dieses Privileg erworben durch gewalttätige Aneignung, das sind die Kapitalisten. Hier lassen wir Aristoteles in Marx' Kapital reden: „Da die Chrematistik* eine doppelte ist, die eine zum Handel, die andre zur Oekonomie gehörig, die letztere notwendig und lobenswert, die erstere auf die Zirkulation gegründet und mit Recht getadelt (denn sie beruht nicht auf der Natur, sondern auf wechselseitiger Prellerei), so ist der Wucher mit vollem Recht verhaßt, weil das Geld selbst die Quelle des Erwerbs und nicht dazu gebraucht wird, wozu es erfunden ward. Denn für den Warenaustausch entstand es.“ So entsteht die künstliche Wirtschaftsform, die in „Lohnarbeit und Kapital“ geteilt ist. Das ist die Bevorzugung der Person und nicht die natürliche Befriedigung der ganzen menschlichen Gesellschaft nach gleichem Recht. Letztes als „Sozial-Staat“ herbeizuführen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Auf dieser geschichtlichen Höhe angelangt, frage ich alle Ueberzeugten, ob sie nicht, wie der Verfasser, des öfteren bei Zwiesprächen vorstehenden Inhalts von naiven und ahnungslosen Kollegen die geistvolle Antwort erhalten haben: „Ja, es kint ja doch net so weit“, nämlich zum sozialistischen Staat. Von einer Ueberzeugung kann da sicher nicht die Rede sein. Würden solche verschlossenen Geister sich etwas mehr Wissen aneignen, gute Bücher zur Hand nehmen und die Geschichte verfolgen über all die sozialen Kämpfe, die unsre Vorfahren geführt haben und führen mußten, so würden sie eines andern belehrt werden. Die Natur hat dem Menschen das Leben gegeben, um auf direktem Wege wieder von ihren Erträgen seine Lebensbedingungen zu erfüllen, und nicht auf indirekte Weise. (Das heißt, seine Arbeitskraft an andre erst verkaufen, um Mittel zum Leben zu erhalten.) Darum ist der Kampf der Lohnarbeiter um die soziale Gleichstellung ihr natürliches Recht. Das ist ein Kampf gegen doppelte Ausbeutung. Wie die Unwissenheit auf politischem Gebiete keine Grenzen hat, so wirkt sie auch hemmend innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung. Die Gegenwartsforderungen auf diesem Gebiete lauten auf wirtschaftliche Besserstellung: 1. durch Erhöhung höherer Löhne, 2. hygienische wie betriebsmäßigere Arbeitsstätten, 3. Verkürzung der Arbeitszeit. Diese gemeinschaftlichen Faktoren des sozialen Triebes sind bedingt durch die fortwährenden Erbschwerisse der Lebensbedingungen (Preiserhöhungen usw.). Des weitern um seine Arbeit in gesundheitslichem wie gefahrlosem Zustande verrichten zu können. Aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit gehört zur Naturnotwendigkeit, die sowohl in seinem wie des Mitmenschen Interesse besteht. Er, der durch die stete Entwicklung der Technik — die viele Tausende von Arbeitern erlegt — der Arbeitslosigkeit überliefert ist. Das ist das Paradies auf Erden, wo ein Teil ist, der andre Teil hungert. In all diesen Begünstigungen und den daraus entspringenden Reichtümern teilt sich nur eine kleine Gruppe von Menschen, die Kapitalisten. Aber für die Arbeiter bleibt nichts weiter übrig als die Forderung nach voller Auszahlung des Wertes ihrer Arbeitskraft. Im Bewußtsein, als einzelner der Willkür des Unternehmers preisgegeben zu sein, sucht er bei seinen Mitkollegen Zuflucht, um so gemeinsam ihre Rechte geltend zu machen. Diesem gemeinsamen Handeln entspringt ebenfalls die Pflicht, innerhalb des Gesamtkörpers der leidenden Masse alle Schäden, die auf einzelne entfallen können, abzuwehren. Das ist ein moralischer Bedruf für diejenigen, die durch Krisen keine wirtschaftliche Schädigung erleiden, ihre Mitkollegen durch Betriebsbeschränkungen vor sol-

chen bewahren können, indem sie die Arbeitszeit zu verkürzen suchen. Das erheischt solidarische Pflichtgefühl. Bis hierher kommen aber die meisten nicht. Das und so vieles andre ist es, was in den Versammlungen mehr als bisher gepflegt werden muß. Mögen die Kollegen Vorstehendes beherzigen und in sich selbst die Kraft sehen, die sie stark macht. Unglaube n.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der österreichisch-serbische Konflikt und der Witterungsumschlag. — Aussichten im Baugewerbe. — Der Saatensand.

Wenn in den beiden letzten Wochen die wirtschaftliche Stagnation, die während der Wintermonate einen sehr hohen Grad erreicht hat, nachzulassen begann, so ist das hauptsächlich auf zwei Umstände zurückzuführen: einmal auf die friedliche Wendung in den Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien und dann in noch höherem Grade auf die Wirkungen des Witterungsumschlages.

Die Geschäftswelt war seit Mitte Februar durch die zunehmende Kriegsfurcht in ihren Dispositionen sehr stark gehemmt; die Unternehmungslust hielt sich zurück, die spekulative Tätigkeit ruhte fast gänzlich. An den Börsen herrschte große Beunruhigung und infolgedessen geringer Verkehr. In dem Momente, da der Verzicht des serbischen Kronprinzen Georg auf die Thronfolge und die russische Anerkennung der Annettierung Bosniens bekannt wurde, trat alsbald eine heftige Reaktion ein, die sich an der Wiener Börse in vorübergehenden wilden Kursstrebereien äußerte, auch an den andern europäischen Börsen sich in einer entzündeten Festigung der Stimmung bemerkbar machte. Die Kriegsfurcht war gewichen, an der friedlichen Lösung des österreichisch-serbischen Konflikts brauchte nicht mehr gezweifelt zu werden. Die Anregung, die der Börsenverkehr durch die Entwicklung des politischen Horizontes erhielt, ist um so wirksamer, als das Angebot an Kapitalien äußerst stark ist. Es korrespondiert zurzeit mit Ueberangebot auf dem Arbeitsmarkte ein Mehrangebot auf dem Geldmarkte. Die Bank von England hat am 1. April ihren Diskont von 3 auf 2½ Proz. herabgesetzt, und damit ist die Möglichkeit gegeben, daß auch die deutsche Reichsbank eine Diskontherabsetzung in Erwägung zieht. Der Diskont der Reichsbank ist zurzeit 3½ Proz. Der Privatskont am Berliner Plage hat seit Ende März eine rasch wechende Richtung eingeschlagen. Noch am 25. März notierte er 3 Proz., bis zum 31. März ermäßigte er sich auf 2½, und am 3. April stand er auf 2 Proz. Die Ermäßigung der Geldsätze hat ohne weiteres eine höhere Bewertung der mobilen Kapitalien zur Folge: der Verkehr auf dem Geldmarkte wächst und für Neuinvestierungen wird Geld williger. Dieser Umstand ist aber für die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland von größter Bedeutung.

Wiel einschneidender wirkt freilich der Witterungsumschlag auf die Erwerbsverhältnisse ein. Der überaus lange und strenge Winter hat die Arbeitslosigkeit in einem bedauerlichen Maße answellen lassen. Besonders stark äußerte sich die ungünstige Witterung im Baugewerbe, wo die winterliche Ruhe ganz außergewöhnlich lange herrschte. Auch in der Landwirtschaft dauerte die Zeit der Arbeitsruhe länger als in andern Jahren. Der Witterungsumschlag hat nun bewirkt, daß die Arbeiten im Freien wieder aufgenommen werden können, daß die Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft rasch und allgemein steigt und daß auch die Bauartigkeit wieder aufgenommen werden konnte. Wenn auch die Landwirtschaft den Druck auf dem gewerblichen Arbeitsmarkte nicht zu beheben vermag, so wirkt doch eine rasche und allgemeine Belebung der Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft insofern günstig, als der Zugang nach den Städten verlangsamt und abgeschwächt wird. Das ist gerade im jetzigen Augenblick, wo die Schulnlassung einen großen Teil des jährlichen Neuangebots auf den Arbeitsmarkte wirft, nicht gleichgültig.

Wenn so dank der politischen Klärung und der Bitterung die letzten Wochen eine belebende Wirkung auf den Geschäftsgang ausgeübt haben, so bleibt doch das Gesamtgepräge der wirtschaftlichen Konjunktur noch immer recht unbefriedigend. Eine mehr als vorübergehende Erholung ist unter den gegebenen Voraussetzungen in Deutschland nur möglich, wenn es gelingt, die die s j ä h r i g e B a u t ä t i g k e i t reger zu gestalten als in den Vorjahren. Erhalten die Arbeiter im Baugewerbe und in den

davon abhängigen Industriezweigen und Handwerken wieder reichliche Beschäftigung und damit wachsenden Verdienst, so wird der Konsum der Arbeiterbevölkerung wieder angeregt: eine breite Arbeiterschicht wird wieder kaufkräftiger, der Bedarf nach Waren steigt: Handel, Handwerk und Fabrikation werden überall dort, wo die Bauarbeiterflotte zu tun hat, den Einfluß einer konsumkräftigen Arbeiterschicht zu spüren bekommen. Ob es nun gelingen wird, die Bautätigkeit kräftig in Gang zu bringen, das hängt von der Art und Weise ab, wie die Verwendung suchenden Kapitalien placiert werden. Die Vorbereitung für eine lebhaftere Bautätigkeit sind seit letzten Herbst von Bau- und Terraingesellschaften eifrig betrieben worden. Auch im laufenden Jahre haben die Neugründungen im Baugesamten schon erheblich mehr Kapital erfordert als in den Vorjahren. Aber ohne aktive Unterstützung mehrerer Groß- und Hypothekenbanken ist es nicht möglich, den Umfang der Bautätigkeit so zu erweitern, daß wieder ein halbwegs normaler Geschäftsgang eintritt. Fliehen die Kapitalien und Gelder den Bauunternehmern reichlich und zu günstigen Bedingungen zu, so ist namentlich auf dem Gebiete des städtischen Wohnungsbaues eine lebhaftere Tätigkeit zu erwarten. Von den Instanzen, die heute in erster Linie auf die Verteilung des neu zu investierenden Kapitals bestimmenden Einfluß haben, also in erster Linie von den Großbanken, hängt es ab, ob sie nicht nur den Punkt erkennen, von dem aus die Konjunktur wieder ins Steigen gebracht werden kann, sondern auch die volkswirtschaftliche Einsicht haben, ihr privatwirtschaftliches Interesse mit dem allgemein volkswirtschaftlichen in Einklang zu bringen. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, als ob bei der heutigen Lage des Geldmarktes von den Großbanken das Bestreben in den Vordergrund gestellt werde, möglichst viel deutsches Kapital in ausländischen Anleihen zu placieren. Das mag für die Banken raschere und höhere Gewinne versprechen als eine Politik der Befruchtung der heimischen Bautätigkeit, aber eine solche Politik ist vom deutschen Standpunkte aus gegenwärtig und so lange durchaus nachteilig, als bei uns selbst der Geld- und Kapitalbedarf im Baugewerbe nicht hinlänglich befriedigt ist.

Daß in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs Befürchtungen leichter ausgesprochen und geglaubt werden, ist psychologisch natürlich, aber wirtschaftlich meist recht schädlich. Darum sollte man immer den Mut haben, in dem Moment, da sich die Unbegreiflichkeit einer Befürchtung herausstellt, auch zuzugeben, daß man sich in eine falsche Auffassung festgerannt hatte. Für die Arbeiterbevölkerung sind solche pessimistischen Befürchtungen keineswegs so nebenjächlich. Im Laufe des Winters kam an den Getreidemärkten die Meinung auf, daß infolge des starken Frostes die Winterernte großen Schaden gelitten hätte. Obwohl man damals schon diese vereinzelt Meldungen nicht hätte überschätzen sollen, wurden sie doch alsbald verallgemeinert und übten lange Zeit hindurch eine preissteigernde Wirkung auf dem Getreidemarkte aus. Vor allem wurde Weizen, aber auch Roggen teurer. Bei der an sich schon schwachen Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung fiel es gewaltig ins Gewicht, ob Mehl und Brot abermals im Preise stiegen. Der Irrtum fraß sich fest und die Preisbewegung wurde durch die ungünstige Beurteilung der Saaten sehr stark beeinflusst. Nunmehr liegt ein Saatenstandsbereicht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates vor, der ausführt, daß die schlimmsten Befürchtungen der Landwirte hinsichtlich der Winterernte sich sehr beim Eintritt der ersten Frühjahrstage glücklicherweise im allgemeinen als unbegründet erwiesen haben. Bisher werde nur in Bessen-Nassau und der Rheinprovinz mehrfach mit großen Unpflügen gerechnet. Dieses Ergebnis der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates ist auf Grund von Erkundigungen bei mehr als 1000 Berichterstattern gewonnen, während die Meinung, daß die Winterernte sehr schlecht den Winter überstanden hätten, ohne jede breitere Begründung aufgefunden und nicht nur von den interessierten, sondern auch von den nichtinteressierten Kreisen alsbald als den Tatsachen entsprechend angenommen worden ist. Der Schaden, der dadurch für den Konsum und die Volkswirtschaft entstanden ist, indem die Preise sich stark erhöhten und Brot und Mehl sich verteuerten, ist durch die nachträgliche Erkennung des Irrtums nicht mehr gutzumachen. Aber trotzdem muß auf die Unbegreiflichkeit dieser Befürchtung noch nachträglich hingewiesen werden, weil sie in dem allgemeinen Pessimismus ungeprüft hingenommen wurde. Diese Leichtgläubigkeit bedeutet aber eine nicht ganz unerhebliche Verteuerung der Haushaltskosten der arbeitenden Bevölkerung. Im Interesse der Arbeiterbevölkerung liegt es bei der derzeitigen

Die Ausbildung von Steinmetztechnikern.

Die Steingewinnung hat in Deutschland einen großen Umfang angenommen. Die Nachweise der Steinbruchbetriebsgenossenschaft ergeben, daß in der Steinindustrie an Löhnen gezahlt wurden:

1896	=	92601233	ML.
1900	=	138028548	„
1907	=	184584271	„

Aus diesen ungeheuren Summen ergibt sich ohne weiteres, daß in der deutschen Volkswirtschaft die Steinindustrie eine große Rolle spielt. Wir haben Steinbruchbetriebe, in denen Hunderte, ja sogar über 1000 Arbeiter beschäftigt sind. Die Leitung solcher Großbetriebe ist so natürlich von Personen ausgeübt werden, welche in technischer und kaufmännischer Beziehung völlig auf der Höhe der Zeit stehen. Wir können aber mit gutem Gewissen behaupten, daß die meisten Steinbruchbesitzer und Betriebsleiter mit ihrer Allgemeinbildung völlig verfallen. Man wird einwenden, wenn diese Tatsache zurecht sei, dann hätte sich die Steinindustrie nicht so glänzend entwickeln können. Dem ist entgegenzuhalten, daß mit der enormen Zunahme der Bautätigkeit bis zum Jahre 1907 der Steinindustrie naturgemäß Aufträge am Ausflusse mühselos in den Schoß fielen.

Die älteren Steinmetzmeister waren früher meist Gesellen; diese sind also mit dem praktischen Teil des Gewerbes völlig vertraut. Was ihnen aber fehlt, das sind die kaufmännischen Grundbegriffe und die weitestgehenden geschäftlichen Dispositionen. Die Steinbruchbesitzer dagegen haben größtenteils keine praktischen, noch weniger kaufmännische Kenntnisse. Sie betreiben eben Steinbrüche, weil sich auf ihrem Grund und Boden gutes Gestein vorfindet und sie den eventuellen Nutzen der Ausbeutung selbst einsehen wollen. Und so ist es erklärlich, daß auch in den Kreisen der Steinindustriellen die Frage immer eingehender erörtert wird, auf welche Weise Betriebsleiter, Werkführer und Polter mit einer umfassenden technischen Bildung ausgerüstet werden können. Daß die Betriebsleiter, es können auch die Steinmetzmeister diesem Posten vorziehen, nebenbei im kaufmännischen Erfahrung besitzen müssen, ist ohne weiteres klar. Und da hapert es oft.

Der Ingenieur Herr D h s z u Remagen a. Rh. hat nun zu der Frage: Die Ausbildung der Techniker in den Steinbruchbetrieben, Stellung genommen. Er befürwortet, daß Steinbruchschulen gegründet werden. Im weiteren meint er, daß die Anstalten sich aus vier aufsteigenden Klassen mit je halbjährigen Kursen zusammensetzen und daß jeder Kurs etwa 20 Unterrichtswochen mit etwa 36—42 Unterrichtsstunden umfassen soll. Der Unterricht erstreckt sich auf solche Fächer, mit deren Grund-

fächer man in der Steinindustrie vertraut sein muß. Die den Unterricht erteilenden Lehrer müssen selbst mehrere Jahre in der Praxis in Stellung gewesen sein. Unter der Leitung der Fachlehrer auszuführende Exkursionen sollen den Schülern Gelegenheit geben, das Erlernte verwerter zu sehen. Am Schlusse eines jeden Halbjahres erhält der Schüler ein Zeugnis über seine Leistungen, zu den Reifeprüfungen als Bruchmeister bzw. als Bruchtechniker werden die Schüler erst nach erfolgreichem Besuche der 3. bezw. 1. Klasse zugelassen und wird den Schülern, welche die Prüfung bestehen, ein ausführliches Zeugnis ausgestellt. Die Aufnahme erfolgt halbjährlich und zwar 1. April und 1. Oktober. Die Schüler, welche durch eine Prüfung nachweisen, daß sie den Anforderungen für eine höhere Klasse genügen, werden in diese aufgenommen. Für die Aufnahme in die unterste Klasse ist neben vierjähriger, praktischer Tätigkeit in Steinbrüchen und ähnlichen Betrieben eine gute Volksschulbildung notwendig. Militärpflichtige können nach § 32, Abs. 2 f. des Wehrgesetzes bis zur Beendigung ihres Studiums zurückgestellt werden. Der Schüler hat bei der Anmeldung folgende Papiere einzureichen:

1. Entlassungszeugnis aus der Volksschule bezw. der zuletzt besuchten Anstalt.
2. Zeugnis über die genossene praktische Ausbildung.
3. Selbstgeschriebenen Lebenslauf.
4. Polizeiliches Führungszeugnis.

Der Aufzunehmende soll mindestens ein Alter von 18 Jahren haben. Eine zweijährige Praxis ist nur bei den Schülern zulässig, welche schon eine höhere Lehranstalt besucht haben.

Das Schulgeld soll 100 Mk. in den beiden unteren, 120 Mk. in den beiden oberen Klassen, die Kosten für Lehrmittel sollen ungefähr 20 bis 30 Mk. für das Semester betragen. Für eine Prüfungsgebühr werden 10 Mk. vorgeschlagen.

Der Stundenverteilungsplan soll enthalten: 1. Deutsch. — 2. Geschäftliche und gewerbliche Gesetzkunde. — 3. Rechnen. — 4. Mathematik. — 5. Physik. — 6. Chemie. — 7. Mechanik. — 8. Bergkunde. — 9. Geologie. — 10. Mineralogie. — 11. Allgemeine Technologie. — 12. Materialkunde. — 13. Baukunde. — 14. Maschinenkunde. — 15. Elektrizität. — 16. Feldmessung. — 17. Zeichnen. — 18. Rundschrift. — 19. Samariterunterricht.

Deutsch: Geschäfts- und gewerbliche Gesetzkunde, Wort- und Satzlehre, Rechtschreiben, Diktate und Aufsätze, Behandlung von Lesestücken, Geschäftsbrieft, Eingaben an Behörden, Bewerbungsgesuche, einfache Buchführung.

Gesetzkunde: Das wichtigste vom Wechsel-, Kranken-, Insolvenz-, Altersversicherungsgesetz. Das wichtigste aus der Gewerbeordnung, Abschnitte aus der Volkswirtschaftslehre.

Sonstige wichtige Erlasse und Bestimmungen für die Steinindustrie.

Rechnen: Wiederholung der Grundrechnungsarten mit benannten und unbenannten Zahlen. Dezimalbrüche, gewöhnliche Brüche, Regelbrieft, Prozent-, Zins- und Rabattrechnungen, Maß- und Gewichtsberechnung, Umrechnung von Maßen und Gewichten nach Tabellen, Gebrauch der Tabellen für Flächen- und Körperberechnung, zur Aufstellung von Lohnlisten usw.

Mathematik: Algebra: Einführung in die Rechnung mit Buchstabenzahlen. Positive und negative Größen, die Grundrechnungsarten mit Algebrazahlen. Ausziehen von Quadrat- und Kubikwurzeln, Gleichungen. Grades mit einer und mehreren Unbekannten, einfache Proportionen. Die Lehre von den Potenzen und Wurzeln. Gebrauch der mathematischen Tabellen in technischen Lehrbüchern und Kalendern. Planimetrie, Winkellarten, Winkel an Parallelen, Gleichheit und Ähnlichkeit an Figuren, Proportionen am Kreise und am Dreieck. Flächenberechnung, pythagoräischer Lehrsatz. Konstruktionsaufgaben.

Trigonometrie: Die trigonometrischen Funktionen und ihre einfachen Beziehungen zueinander. Berechnung von Winkeln und Dreiecken.

Physik: Allgemeine Eigenschaften der Körper: Gewicht, Kohäsion, Adhäsion und Kapillarität. Kommunizierende Gefäße, Luftdruck, Manometer, Bodendruck, Seitendruck, Auftrieb, Ableitung der Mechanik fester Körper. Das wichtigste aus der Lehre von der Wärme, der Lehre vom Lichte, dem Schalle und der Elektrizität.

Chemie: Unterschied zwischen physikalischen und chemischen Vorgängen. Elemente und chemische Verbindungen, die Metalloide und ihre wichtigsten Verbindungen, die Metalle und ihre Verbindungen, soweit sie für den Bergbau von Wichtigkeit sind. Anleitung zu einfachen quantitativen und qualitativen Analysen.

Mechanik: Die Grundsätze des Gleichgewichts fester Körper. Ursprung und Art der Kräfte. Schwerpunktbestimmung bei einfachen Körpern. Gleitende und rollende Reibung. Die einfachen Maschinen: Hebel, Wellenrad, Rolle, schiefe Ebene, Keil und Schraube. Die Grundsätze der Bewegungslehre.

Bergkunde: Schürfen und Aufschlußarbeiten. Anlagen neuer Betriebe. Die verschiedenen Arten des Abbaues bezw. der Gewinnung des Rohmaterials. Tagebau-, Stollen- und Schachtanlagen. Die verschiedenen Sprengmittel und ihre Verwendung.

Geologie: Die einzelnen Perioden in der Entstehung der Erde. Vulkanische und neptunische Gebilde. Die verschiedenen Lagerverhältnisse.

Zuge des Arbeitsmarktes, alles aufzubieten, um die Warenpreise auf einem im Verhältnis zur geschwächten Kaufkraft einigermaßen erträglichen Niveau zu halten. Man verfährt aber gegen dieses Interesse, wenn man die Schwarzheerei gewissermaßen zum Prinzip erhebt.

Berlin, den 9. April 1909.

Richard Calmer.

Korrespondenzen

Berlin I. Mit der Bekanntgabe des Jahresberichts sowie mit der Neuwahl der Sektionsleitung beschäftigte sich die am 4. April einberufene Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehren die versammelten Kollegen das Andenken des verstorbenen Kollegen Franz Möbius. Sodann erstattet der Kassierer vorerst Bericht über die Kassenführung des 1. Quartals. Einer Einnahme von 14 463,20 Mark steht eine Ausgabe von 6 211,06 Mark gegenüber, so daß ein Bestand von 8 252,14 Mark verbleibt. Auf Antrag der Revisoren, welche dem durch die Anstellung eines Beamten nunmehr ausschließenden Kassierer in bezug auf Führung der Kassenbücher das beste Zeugnis ausstellen, wird letzterem einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf macht Kollege Winkler einige Bemerkungen zu dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht, welcher leider einen Mitglieder-rückgang unserer Zahlstelle aufweist; doch ist derselbe auf Grund der in Berlin herrschenden Krise erklärlich. Da sich über den Jahresbericht keine Diskussion entspann, wurde zur Neuwahl der Sektionsleitung geschritten, welche im Gegensatz zu früher recht glatt von statten ging. Als Obmann der Sektion I wurde Kollege Karl Franke, als dessen Stellvertreter J. Sieben gewählt. Als Revisor fungiert der Kollege Aug. d'Halle weiter, während als Beisitzer die Kollegen John, Ohmige und Karl Kleinert gewählt wurden. Nachdem noch einige drückliche Unter-fühlungsgehege geregelt waren, richtete Kollege Winkler ein markiges Schlußwort an die zum letztenmal unter Sektion I versammelten Kollegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich mit Einführung des neuen Systems auch die Arbeitsfreudigkeit der Kollegen im Interesse des Verbandes heben möge; denn je mehr sich die Mitglieder an der Kleinarbeit beteiligen, desto weniger werden wir über den schlechten Versammlungsbesuch und über das leider so eingerissene Restantenunwesen zu klagen haben.

Cunewalde (Raust). Mit der Firma Berndt mußten wir uns schon des öfteren beschäftigen. Am 5. März war nun die Gewerbeinspektion in dem Betriebe. Ob sich ihr Mangel gezeigt haben, weiß man nicht. Auf das Ersuchen eines Steinmeßers, der Gewerbeinspektor solle sich den Unterkunftsraum ansehen, hieß ihn Herr Neumann weggehen, er habe hier nichts zu suchen. Und am Montag bekam der Steinmeß Schicht, er mußte seiner Wege gehen. Die Firma weiß also recht tatkräftig zu handeln, wenn es gegen die Arbeiter geht. Von einem Aus-
hang der Bundesratsverordnung haben wir noch nichts gesehen. Daß der Betrieb der 7. Sektion der Steinbruchs-Unfallberufsgenossenschaft angehört, ist auch nicht angeschlagen. Dafür bekommt jeder Arbeiter einen Zettel, auf dem in elf Paragraphen die Lohnzahlungs- und Kündigungsbestimmungen stehen. Hüblich ausgedrückt müssen wir es nennen, wenn es in § 11 heißt, daß der Arbeiter „unterwirft“ sich den Bestimmungen. Denn eine Unterwerfung bedeutet es tatsächlich, wenn der Arbeiter den Zettel unterschreibt; er entäußert sich dadurch aller Rechte, höchstens behält er das eine Recht, sich jeden Augenblick auf die Straße setzen zu lassen oder selbst zu gehen, wozu allerdings reichlich Veranlassung für die Arbeiter vorliegt. Macht der Arbeiter von diesem seinem „Rechte“ Gebrauch, darf er unter Umständen zwei bis drei Wochen auf Auszahlung seines Lohnes warten; denn § 3 sagt, daß freiwillig ausscheidende Arbeiter auf Auszahlung ihres — verdienten — Lohnes außerhalb des Zahltages keinen Anspruch haben. Die Berechnung des Lohnes findet in vierzehntägigen Fristen statt, die am Montag der einen Woche beginnen und am Sonnabend der nächsten Woche endigen; am darauf folgenden Donnerstag erst ist Lohnzahlung. Allerdings kann die Frist abgekürzt werden, wenn es etwa gerade paßt, daß Arbeiter zwischen Rechnungsablauf und Lohnzahlung gehen. Da können sie am Zahltag auch den Lohnbetrag von der neuen Lohnfrist mit erhalten, sonst nicht. Dafür müssen sie aber den Abgang drei Tage vor dem Lohntag, also spätestens am Montag, gemeldet haben. Neben der Lohnscheckerei also auch noch eine tatsächliche dreitägige Kündigungsfrist für die Arbeiter, während sich die Firma an gar keine Frist bindet. Wenn die im Betriebe befindlichen Arbeiter in den Wochen, in denen kein Lohn gezahlt wird, Vorstoß haben wollen, müssen sie es am Montag vorher dem Schichtmeister melden. Das ist natürlich immer eine peinliche Sache für die Arbeiter. Es wäre doch einfach, regelmäßige Abschlagszahlungen einzuführen, wenn man glaubt, den Lohn nicht wöchentlich auszahlen zu können. Denn wie lange glaubt man wohl, daß der Arbeiter mit seinen

paar Pfennigen Lohn reicht, auf die er vielleicht wegen der langen Lohnzahlungsperiode schon hat Schulden machen müssen? Glänzend ist der Verdienst wahrhaftig nicht. Der Lohn ist von 36 bis auf 28 Pfg. herabgedrückt worden. Die Speller schaffen alles in Accord; bei ihnen steht der Lohn auf der niedrigsten Stufe; da gibt es für einen Meter Stufen sage und schreibe 44 Pfg. Für Werkstücke gibt es pro Kubikmeter den horrenden Lohn von 6 Mark. Das muß doch jedem Steinarbeiter einleuchten, daß das keine großen Akkordlöhne sind, wie die Firma in den Zeitungen schreibt. Auf Vorhalten eines Arbeiters, ob nicht bald zugelegt werde, bekam er vom Bruchmeister Neumann zur Antwort: Noch weniger müßt ihr kriegen, das ist noch viel zu viel. Dabei können viele Arbeiter nicht einmal regelmäßig arbeiten. Nicht selten empfängt der Schichtmeister Wiedemann die Leute, wenn sie früh zur Arbeit kommen, mit den Worten: Heute müssen Sie aussetzen, heute geht's nicht zu arbeiten. Und dabei sind Familienväter mit fünf bis sieben Kindern. Mit der Arbeitszeit wird es nicht so genau genommen. Oft pfeift es schon fünf Minuten vor dem Ende der Pausen. Die Abkürzung der Ruhezeit macht also pro Tag 15 bis 20 Minuten, bei 15 Mann vier Stunden jeden Tag, die die Arbeiter solchergestalt zugeben. Auf die Bestimmung der Lohnhöhe haben die Arbeiter gar keinen Einfluß. Darüber entscheidet die Firma allein und absolut. Und welche Freiheit sie sich darin läßt, zeigt § 8 der Bestimmungen, der lautet: „Den Arbeitnehmern wird hiermit noch ausdrücklich bekannt gegeben, daß dieselben nur nach ihrer Leistung bezahlt werden.“ Mit einer solchen Bestimmung kann man alles machen; sie öffnet der Willkür Tür und Tor. Ein solches Verhältnis, das auch in der Behandlung der Arbeiter seine Früchte trägt, ist für die Arbeiter tatsächlich unwürdig. Immer mehr gelangt die Arbeiterklasse dazu, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Immer stärkeres Ansehen und größeren Einfluß verschafft sie sich im Arbeitsverhältnis und in der Gesellschaft. Aber sie kann das nur erreichen durch den Zusammenschluß in ihren Berufsverbänden. Aber mit Schimpfwörtern wird nichts gebessert. Die Tat ist Mannespflicht. Und nur sie führt zum Ziel. Die Tat heißt hier: Aufklärung und Organisation!

Hamburg I. Schon seit Wochen wurde vom Vorstand und einigen Mitgliedern in Ohlsdorf eine rege Agitation entfaltet. In der Versammlung am 8. März bei Riedert, Ohlsdorf, sind dann sieben Kollegen unserm Verbands beitreten. Es wurde den Kollegen von unserem Vorsitzenden Schwarz warm ans Herz gelegt, sich nun als tüchtige Mitglieder zeigen zu wollen. Hierauf hielt Genosse Aleemann ein vortreffliches Referat über: Die wirtschaftliche Lage. In vielen Industrien haben sich die Warenlager sehr gehäuft und jetzt findet sehr wenig Absatz statt. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit kreibt sehr viele Arbeiter dazu, ihre Arbeitskraft aufs äußerste anzuspinnen, um sich auf längere Zeit Arbeit zu verschaffen. Der Referent schilderte uns die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Taktik. Man soll mehr wie bisher versuchen, den Gedanken des Sozialismus in die Herzen der gewerkschaftlich Organisierten zu tragen. Hierauf wurde dem Redner wohlverdienter Beifall gezollt. Im Punkt Verschiedenes wurden einige Mißverständnisse über den Kartellvertrag zwischen Bildhauern und Steinmeßern aufgeklärt.

Hasserode. Die am 31. März stattgefundene Versammlung war auch von den Kollegen aus den umliegenden Dörfern sehr gut besucht. Die Tagesordnung war zwar kurz, aber desto wichtiger. Wie den Kollegen schon allerorts bekannt sein wird, nahmen unsere Meister Anfang November 1908 eine 15-prozentige Lohnreduzierung vor. Die Unternehmer legten den stark reduzierten Nottarif vor, weil sie angeblich nicht mehr konkurrenzfähig seien. Es ist das die alte Ausrede. — Nun hatte sich unsere Ortsverwaltung an die Unternehmer gewandt, ob vom 1. April 09 die früheren Preise wieder bezahlt würden. Kollege Wille verlas die eingegangenen Antworten. Die Unternehmer wollen den 15prozentigen Abzug auch in Zukunft beibehalten. Die Antwortenden waren über diesen Unternehmensentscheidungs aufs äußerste empört. Die Kollegen, die 1/2 bis 2 Stunden bergauf nach den Dörfern, also zu ihrer Arbeitsstelle, laufen mußten, fühlten sich sehr ungeschmeichelt, die eigentliche Arbeit begonnen wird. Dabei war unter dem alten Tarif der Verdienst schon sehr gering. In der Versammlung nahm nun Kollege Staudinger, Leipzig, das Wort, welcher die Machinationen der Unternehmer ins richtige Licht setzte. Er riet aber von einer momentanen Arbeitsniederlegung ab. Mehrere Redner beämpften die Anschauung des Vorstandsbereiters, denn die Stellung der Unternehmer und ihr probokatorisches Benehmen müsse mit einer sofortigen Arbeitsniederlegung beantwortet werden. Die Neußerungen dieser Redner wurden mit großer Zustimmung aufgenommen. Kollege Bopp, der nun zu längerem Ausführungen das Wort nahm, ist ebenfalls der Meinung, die Lohnreduktion müsse abgewehrt werden, aber jedes vorzeitige Handeln sei zu vermeiden. Er macht den Vorschlag, daß in den nächsten Tagen nochmals eine Unterhandlung mit dem Unternehmervorstand stattfinden. Diese Anregung wurde auch

angenommen. Die Versammelten gingen mit dem Bewußtsein auseinander, daß unser Verband alles aufbieten wird, um die Lohnkürzung abzuwehren.

Rappeltodek. Unsere Versammlung tagte am 28. März. Eingehend wurde zur Maifeier debattiert. In unserer Zahlstelle hat sich die Feier so eingeführt, daß auch heuer auf einen Massenbesuch der Versammlung am 1. Mai gerechnet werden kann. Wenn von den Unternehmern eine Aussperrung geplant wird, dann erhalten die Kollegen Unterstützung aus dem Ortsfonds. Das alte Lamento mußten wir wieder vorbringen, nämlich, daß nicht nach Tarif bezahlt wird. Wo soll das hinaus, wenn sich die Unternehmer über die dementsprechenden Bestimmungen hinwegsetzen. Den Verbandsmitgliedern wurde eingeschärft, den Unternehmern gelüsten in schärfster Weise entgegenzutreten. Für die Zukunft erwarten wir besseren Versammlungsbesuch.

Literarisches.

Grundzüge der Bergbaukunde. Von Emil Treptow, sächsischer Oberbergrat. Verlag von Spielhagen u. Schurig, Wien und Leipzig. Brosch. 12 Mk. — Als Hauptkapitel werden behandelt: Die Lagerstätten, das Auffuchen der Lagerstätten, die Gewinnungsarbeiten, die Grubenbau, der Grubenausbau, Förderung, Fahrweg, die Wasserhaltung, Wetterlehre, die Aufbereitung, das Brückentieren und Betrieb und Verwertung der Gruben. Der Autor beherrscht den zu behandelnden Stoff meisterhaft. Die oft schwer verständlichen bergtechnischen Ausdrücke werden eingehend erläutert. Der moderne Bergwerksbetrieb wird in der umfangreichen Schrift in recht plastischer Weise vorgeführt. Stiefmütterlich behandelt wurde allerdings die Frage des Bergarbeiterlohnes. Der Nichtfachmann möchte in einer solchen Schrift auch erfahren, wie weit die technischen Einrichtungen gediehen sind, um das Leben der Arbeiter zu schützen. — Im übrigen aber unreine große Anerkennung dem Verfasser und dem Verlage gegenüber.

Grundzüge der Gesteinskunde. Von Dr. Ernst Weinschenk. Verlagsbuchhandlung, Freiburg (Baden). Band 1: 5,40 Mk., Band 2: 9,60 Mk. — Ueber die Gesteinskunde, auch Petrographie genannt, ist eine umfangreiche Literatur nicht vorhanden. Die etlichen uns bekannten Bücher sind dabei so schwulstig und gefahrt geschrieben, daß sie der Laie, der keine „bessere“ Bildung genossen hat, nicht oder nur sehr schwer begreifen kann. Dr. Weinschenk hat versucht, populärer zu schreiben, und es ist ihm sicherlich glückt. Insbesondere versteht es zu arthropieren, und damit findet sich der Leser in dem sonst sehr schwer zu behandelnden Thema eher zurecht. Auf den höheren Lehranstalten wird die Gesteinskunde schon stiefmütterlich behandelt, auf den mittleren technischen Lehranstalten aber wird man im Stundenplan darüber überhaupt nichts finden. An den genannten Anstalten könnten die beiden Bände ruhig als Musterlehrbücher über die Gesteinskunde eingeführt werden. Der Verfasser hat recht, wenn er einleitend schreibt: „Die Gesteinskunde ist eine der wichtigsten Grundlagen der Geologie, von der sie leider nicht nur in früherer Zeit, sondern bis zum heutigen Tage weitgehende Vernachlässigung erfahren hat.“ Einiges vermissen wir in den Büchern. Warum hat man über die Verwendung der Gesteine kein Wort verloren? Und gerade dieses Kapitel hätte zu ganz besonders interessanten Ausführungen Gelegenheit gegeben. Aber trotzdem können wir die Grundzüge der Gesteinskunde allen Steinbruchsbestreitenden zur Anschaffung nur wärmstens empfehlen. Um die Struktur der verschiedenen Gesteine genau studieren zu können, sind den Werken sehr gute Abbildungen beigelegt. Dem Verlag gebührt große Anerkennung für die Ausstattung.

Jungblut. Handwerks-, Wander- und Volkslieder für frühliche Leute vom Bau. Gesammelt und herausgegeben von Aug. W. W. Die Bauarbeiter werden über diese Neuerscheinung sicherlich sehr erfreut sein. Winnig hat die schönsten alten Lieder der Bauhandwerker mit einem Bienenfleck zusammengetragen. „Nur wenige kennen heute die schönsten frohen Lieder der Junggesellen. Und doch lassen auch die Dichtungen derselben erkennen, daß auch früher schon auf den moralischen Zusammenhalt unter der Kollegenchaft großer Wert gelegt wurde. Fröhlich klingen diese Lieder, und es gewinnt den Anschein, als hätte der wandernde Junggeselle des Bauhandwerks schon vorausgesehen, welche organisatorische Macht die Bauarbeiter später einmal einnehmen würden. Das sehr nett ausgestattete Büchlein, welches nur 60 Pfg. kostet, erscheint im Verlag der Hamburger Buchdruckerei Auer u. Co. Wir wünschen der Winnigischen Liederammlung eine recht große Verbreitung.“

Deutsche Konkurrenz. Herausgegeben von Professor Neumeister-Karlruhe. Heft 9. Verlag von Seemann, Leipzig. — Zum Abdruck gelangene neun Konkurrenzentwürfe für die St. Paulus-Kirche zu Breslau.

Mineralogie: Die wichtigsten Mineralien und die Kennzeichen derselben: Glanz, Farbe, Strich, Kristalle und unregelmäßige Gebilde, Spaltbarkeit, Bruch, spezifisches Gewicht, Härte, Festigkeit, magnetische und elektrische Eigenschaften. Einteilung der Mineralien. Übung im Bestimmen.

Technologie: Allgemeines über Leuchtgasfabrikation, Hochofenbetrieb, Kalkbrennerei und Ziegeleibetrieb. Herstellen von Zement. Materialkunde: Die Bearbeitung der natürlichen Gesteine, Herstellen künstlicher Bausteine. Eigenschaften und Verwendungszweck der natürlichen und künstlichen Bausteine und Baustoffe.

Baukunde: Untersuchung des Baugrundes, Abstecken eines Gebäudes, Fundamentarbeiten, Mauerverbände und Mauerstärke. Fachwerkswände und Balkenanlagen. Einfache Dachstuhl. Entwerfen leichter Zechenbäuer.

Maschinenkunde: Beschreibende Behandlung der einfachen Maschinen, die wichtigsten Dampfmaschinen, Hebe-
maschinen, Pumpen. Die Zerkleinerungs- und Gesteinsbearbeitungsmaschinen, Dampfmaschinen, Explosions- und Wärmemotoren. Anfertigung einfacher Skizzen und Maßzeichnungen für Bestellung von Ersatzteilen. Entwerfen einer kleinen Anlage.

Elektrotechnik: Lehre vom Magnetismus und der Elektrizität. Die dynamo-elektrischen Maschinen, Elektromotoren, Eigenschaften und Anwendungsgebiete, das Wichtigste über Akkumulatoren und die Beleuchtungskörper.

Zeichnen: Freihandzeichnen, Skizzieren, geometrisches Zeichnen, darstellende Geometrie. Einfache Lager- und Höhenpläne. Grubenbilder, einfache Zeichnungen der Bau- und Maschinenkunde.

Feldmessen: Die wichtigsten Meßinstrumente, Aufnahmen von Anlagen, einfache Nivellements-Übungen im Freien.

Rundschrift: Die Ausstattung der Zeichnungen mit einer einfachen Zierschrift.

Samariterunterricht: Die Organe des menschlichen Körpers und ihre Tätigkeit. Erste Hilfe bei Unglücksfällen, künstliche Atmung, Notverbände. Transport von Verunglückten.

Als Lehrkräfte sind gebildet:

1. Ein Berg- bzw. Gewerbelehrer als Direktor.
2. Ein Lehrer aus der Maschinenindustrie.
3. Ein Lehrer aus der Bauindustrie (Ziebauingenieur).
4. Ein Oberlehrer oder Rektor, welcher auch die mathematischen Fächer mitzugeben hätte.

Herr Ingenieur Dohs hat sich seine Programmaufstellung sehr leicht gemacht. Er hat die Disziplinen, die auf den preußischen Bergschulen gelehrt werden, einfach als Unterlage für seine gedachte Steinbauerschule benützt. Wenn aber an seinem Programm festgehalten werden sollte, dann ist es besser, die angehenden Steinbruchtechniker werden direkt auf die Berg-

schule geschickt. Das ist allerdings so, als wenn ein Hufschmied sein Handwerk bei einem Goldschläger erlernen wollte.

Vor uns liegt das Programm der Bergschule zu Waldenburg (Schlesien). Dieses deckt sich so ziemlich mit den Vorschlägen des Herrn Dohs. — Wir behaupten, daß das aufgestellte Dohs'sche Programm vollständig ungenügend ist und zwar aus den Gründen: Es würde sehr engherzig sein, wenn speziell nur Steinbruchtechniker herangebildet werden sollten. Steingewinnung und Steinverarbeitung gehen Hand in Hand. Wer heute eine leitende Stellung in der Steinindustrie einnehmen will, muß nicht nur bergtechnische Kenntnisse haben, nein, er muß mit den architektonischen Formenlehren ebenfalls vertraut sein. Dohs will, daß bloß Steinbruchtechniker ausgebildet werden sollen. Diese Ausbildung würde völlig einseitig sein, sie würde den Steinindustriellen wenig nützen, und den Technikern selbst würde ihre Ausbildung als unzureichend erscheinen.

Herr Dohs hat ganz vergessen, daß ein Steinbruchtechniker das Kalkulationswesen beherrschen soll. Dieses Thema existiert in seinem Lehrplan überhaupt nicht. Genanntes Fach ist ja geradezu enorm wichtig. Die Kalkulationen für Werksteinarbeiten sind bedeutend schwieriger, als wie für den Hausbau. Wer nur eine blasse Ahnung vom Kalkulationswesen hat, wird wissen, daß es heute unter den Personen, die Steinbruch- und Steinmetzbetrieben vorstehen, verdammt wenig gibt, die in diesem Fach firm sind.

Den zeichnerischen und konstruktiven Unterricht für zukünftige Techniker hat Herr Dohs überhaupt nicht berücksichtigt.

Der Steinmetztechniker muß in nachstehendem nach unserer Meinung unter allen Umständen Bescheid wissen: in der Baugeschichte und Stillehre, ferner muß er den Steinverband und den Steinchnitt vollends beherrschen, die Gliederungen der Fassaden muß ein nur halbwegs gebildeter Techniker vornehmen können. Den übrigen Fassadenschmuck eines Gebäudes, wie Konsolen, Baluster, Boggien, Erker, Atlanten und Giebel, muß er bis ins kleinste konstruktiv beherrschen.

Nun ist die Frage aufzuwerfen, können denn nicht die Baugewerkschulen dazu dienen, um Steinmetztechniker heranzubilden? Wir möchten verneinend antworten. Auf den Baugewerkschulen werden ausgebildet: Baugewerkmeister, Techniker, Bauführer und technische Hilfskräfte für die Regierungs-, Militär-, Eisenbahn- und Kommunalbehörden. Es werden meist folgende Disziplinen gelehrt: 1. Deutsche Sprache; 2. Buchführung; 3. Arithmetik; 4. Algebra; 5. Geometrie, Stereometrie und Trigonometrie; 6. Lineargeometrie; 7. Darstellende Geometrie mit Schattenkonstruktion und Perspektive; 8. Physik; 9. Mechanik; 10. Chemie und Baumaterialienlehre; 11. Freihandzeichnen; 12. Baukonstruktionslehre; 13. Steinchnitt; 14. Bauformenlehre; 15. Baukunde; 16. Vermessungskunde; 17. Brücken- und Wasserbau; 18. Baurecht; 19. Modellieren; 20. Schönfächern; 21. Feuerlöschwesen; 22. Sanitätswesen und 23. Kalkulation. Es

ist nicht zu leugnen, daß unsere deutschen Baugewerkschulen, mit Ausnahme einige Anstalten — vollends auf der Höhe der Zeit stehen. Vorstehendes Programm ist so umfangreich, daß die jungen Leute innerhalb fünf Semestern wirklich etwas Gediegenes lernen können. Aber für Steinmetztechniker ist eben das Baugewerkschulprogramm nicht im entferntesten zugehörig.

Welchen wirtschaftspolitischen Machtfaktor die deutsche Steinindustrie darstellt, ist unsern Lesern hinreichend bekannt. Und da ist es auch Pflicht der Staatsregierungen, daß sie spezielle Fachschulen für die Ausbildung von Steinmetz- und Steinbruchtechniker gründen. In erster Linie kommen die Staaten Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg in Frage. Gewiß bestehen einige Baugewerkschulen, an denen auch Abteilungen für Steinmetzen eingerichtet sind. Wir haben die diesbezüglichen Programme studiert, aber wir können sie nicht praktisch nennen. Unseres Wissens kommen mit diesen Abteilungen bloß die städtischen Schulen in Zerbst (Anhalt) und Passau (Bayern) in Frage. Die Passauer Schule hat ein recht dürftiges Lehrmaterial, meistens sind die Lehrer bloß nebenamtlich angestellt, und das ist an und für sich schon ein Krebsgeschwür. Wenn in Bayern eine Steinmetzschule errichtet werden soll, dann muß sie etwa nach Regensburg oder Nürnberg kommen, Passau kommt geographisch für eine solche Anstalt gar nicht in Frage. Die Bauerschule Zerbst mit der Steinmetzabteilung hat zum mindesten den Vorzug, daß sie von Preußen als vollwertig anerkannt wird, das heißt, die Zerbster Absolventen können jederzeit in den Staatsdienst aller Bundesstaaten eintreten. In Bayern haben wir in Wunstedel und Mittenberg spezielle Steinbauerschulen mit zwei Klassen. Diese Institute sind aber bloß als Fortbildungsschulen gedacht; der Unterricht wird an zwei Wochenmittagen erteilt. Das aufgestellte Lehrprogramm behandelt 1. Kurs: Freihand-Schriften- und Konstruktionszeichnen (3 Stunden); Einführung in das Lineargeometrie, ebene Geometrie (1 Stunde). — 2. Kurs: Projektions- und Fachzeichnen nach Modellen (3 Stunden); ergänzend hierzu tritt ein räumlich geometrischer Unterricht, in welchem die Darstellung einfacher geometrischer Körper, sowie Berechnung ihrer Oberfläche und ihres Inhalts gelehrt werden (1 Stunde). Schließlich wird auch etwas Gesteinskunde gelehrt.

Dr. Schmidt-Bunstedel, ein beachtenswerter geologischer Schriftsteller, hat recht, wenn er über diese Schulen in der Monatschrift für die Steinbruchs-Verurschenschaft schreibt: „Diese Schulen sind zwar eine Notwendigkeit für den einfacheren Arbeiter, gehen aber in ihren Anforderungen nicht im geringsten über das Steinbauerschule hinaus, sie wollen keine Betriebsleiter und gut gebildete Vorarbeiter bilden, sondern den Arbeitern einen Dammerschein von dem heibringen, was er wissen soll und was er nicht gerade in der Volksschule lernt.“ — Der Dr. Schmidt trifft mit seiner Kritik den Nagel auf den Kopf.